Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 64. **Bielefeld, Mittwoch, 17. März 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Ueber die Arbeiten des Reichstages

und seiner Kommissionen führen konservative Blätter, insbesondere die „Kreuz-" und „Deutsche Tageszeitung" bittere Klage. Die „Kreuzzeitung" hat herausgerechnet, daß durch die Verzögerung, die die Etatsberatung in der Budgetkommission erfahren hat, der Etat in dritter Lesung kaum vor dem 1. April fertiggestellt werden kann. Sie gibt den Kommissionsmitgliedern auch gute Lehren, wie die Beratungen in der Kommission abzukürzen seien. Ihr weisester Ratschlag besteht darin, daß sie empfiehlt, an den Forderungen der Regierung keine Streichungen vorzunehmen, da damit den Parteien im Plenum die Mühe erspart bleibe, die von der Regierung geforderten Summen in der geforderten Höhe wieder herzustellen. Wir sind zwar keineswegs der Meinung, daß die hier und dort von der Budgetkommission vorgenommenen Streichungen und Kürzungen dem System des Militarismus und des Marinismus ernsthaft zu Leibe gehen. Aber die „Kreuzzeitung" hat kein Recht, sich gerade über diese Tätigkeit der Budgetkommission zu beschweren. Der Geist der Sparsamkeit, der ja bei uns einziehen soll, wird nur dann einziehen, wenn der Reichstag der Regierung mit festem Willen zeigt, daß er die riesigen Ausgaben des Etats eingeschränkt wissen will. Wenn die Regierung bei ihren Forderungen sich nicht selbst das durch die Finanznot des Reiches bedingte Maßhalten auferlegt, muß der Reichstag diese Versäumnis nachholen.

Ebenso seltsam mutet es an, daß ausgerechnet die Junkerblätter sich gegen eine Vertagung der Reichsfinanzreform bis zum Herbst wenden. Der langsame Gang der Kommissionsverhandlungen läßt diese Vertagung als nicht unmöglich erscheinen. Wenn aber die Beratungen in der Kommission bisher einen positiven Erfolg noch nicht aufweisen können, so daß eine Lösung der Finanzfrage in absehbarer Zeit so gut wie ausgeschlossen erscheint, dann sind es doch die Junker, die durch ihre Gegnerschaft gegen die Nachlaßsteuer und durch ihr demagogisches Treiben gegen direkte Steuern überhaupt die Finanzreform bis jetzt verschleppt haben.

Warum also die Ungeduld! Die Bündler können offenbar nicht den Zeitpunkt abwarten, in dem sie ihre Steuerbeute in Sicherheit gebracht haben. Aber sie sind doch sonst nicht so nervös. Befürchten sie etwa, daß das Volk sich doch inzwischen zu einem Sturm gegen die bündlerischen Forderungen erheben könnte? Fast gewinnt das den Anschein, wenn die „Deutsche Tageszeitung" heute die Regierung beschwört, um des Himmels Willen dem Reichstage keine weiteren Vorlagen zugehen zu lassen, um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform in diesem Sessionsabschnitt nicht zu gefährden. Näher liegt indes die Annahme, daß die Junker durch diese Stimmungsmache den Vorwurf von sich ablenken wollen, daß sie es sind, die bis heute das „große nationale Werk", wie sie es nennen, hintertrieben haben.

Die Novelle zur Strafprozeßordnung und die zu erwartende Reichsversicherungsordnung werden in diesem Sessionsabschnitt nicht erledigt werden können. Es besteht die Absicht, die beiden Vorlagen an Kommissionen zu verweisen, die im Sommer über tagen sollen. Nur so wird es möglich sein, die Witwen- und Waisenversicherung und die beabsichtigten Aenderungen der anderen Versicherungsgesetze im nächsten Jahre durchzuführen.

Eine agrarische Liebesgabe.

Im § 19 des preußischen Kanalgesetzes vom 1. April 1905 hatten die beiden Häuser des Landtages in Uebereinstimmung mit der Krone beschlossen, Schiffahrtsabgaben auch auf den natürlichen Wasserstraßen zu erheben. Das war ein direkter Verstoß gegen den § 54 der Reichsverfassung, in dem es heißt:

„Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben sowie die Abgaben für die Befahrung solcher künstlichen Wasserstraßen, welche Staatseigentum sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Auf die Flößerei finden diese Bestimmungen insoweit Anwendung, als dieselbe auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird."

Alle verkehrsfreundlichen Kreise, insonderheit auch die süddeutschen Bundesstaaten, die durch die Schiffahrtsabgaben in ihren Interessen aufs schwerste geschädigt zu werden drohten, erhoben Einspruch gegen diesen rücksichtslosen Verstoß gegen die Reichsverfassung. Als vollends am 7. Februar 1907 der Minister der öffentlichen Arbeiten in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses die Erklärung abgab, daß die Rechtsfrage, ob auf den natürlichen Wasserstraßen, entgegen der Bestimmung des § 54 der Reichsverfassung, Abgaben erhoben werden dürften, für die preußische Regierung durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und der Krone vom Jahre 1905 erledigt seien, interpellierte man die Reichsregierung wegen ihrer Stellungnahme zu dem verfassungswidrigen Vorgehen Preußens. Die Interpellation war vom 25. Februar 1907 datiert, sie kam aber erst am 1. April 1908 zur Beratung, da die Regierung sich mit ihrer Antwort ein ganzes Jahr lang Zeit gelassen hatte. Die sozialdemokratischen und freisinnigen Redner protestierten in der entschiedensten Weise gegen den preußischen Einfall in die Reichsverfassung. Unser Genosse Frank wies darauf hin, daß am 10. Dezember 1903 der Reichskanzler ausdrücklich die Erklärung abgegeben hatte, daß nach dem Stand der Reichsverfassung und der abgeschlossenen Verträge die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen unmöglich sei, daß ferner der preußische Handelsminister eine ganz ähnliche Erklärung abgegeben hatte. Er wies gleich den späteren Rednern nach, daß der § 19 des preußischen Kanalgesetzes vom 1. April 1905 die Reichsverfassung und besonders auch die Rheinschiffahrtsakte und den Elbevertrag verletze und damit gegen die vertragsmäßigen Abmachungen mit Oesterreich und den Niederlanden verstoße. Die Regierung macht sich die Antwort recht leicht. Sie wagt nicht etwa zu erklären, daß der § 19 des preußischen Kanalgesetzes nicht im Widerspruch zur Reichsverfassung stünde, sondern sie verteidigte den preußischen Einbruch in die Reichsverfassung dadurch, daß sie erklärte, die preußische Regierung werde zur „Klarstellung" der Verfassungsbestimmung den Weg der Reichsgesetzgebung beschreiten, sobald die zwischen Preußen und den übrigen Bundesstaaten geführten Verhandlungen ausreichend gefördert worden seien.

Diesem Versprechen ist die Reichsregierung, denn jetzt auch in der Tat durch die Vorlegung eines Gesetzes betreffend die Erhebung von Schiffahrtsabgaben nachgekommen. Dies Gesetz mutet dem Reiche zu, nachträglich die preußische Verfassungsverletzung dadurch zu legalisieren, daß es seinerseits den betreffenden Abschnitt des § 54 dergestalt abändert, daß nunmehr auch Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen erhoben werden können! Der neue Passus des § 54, der den oben zitierten jetzigen Wortlaut ersetzen soll, soll folgenden Wortlaut erhalten:

„In allen Häfen und auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für solche Werke, Einrichtungen oder sonstige Anstalten erhoben werden, welche den Verkehr wesentlich erleichtern. Diese Abgaben, sowie die Abgaben, welche auf künstlichen Wasserstraßen erhoben werden, dürfen bei staatlichen Anstalten oder Wasserstraßen die zur Herstellung und Unterhaltung erforderlichen Kosten nicht überschreiten. Der Bemessung der Abgaben, mit Ausnahme der Abgaben für die dem örtlichen Verkehre dienenden Anstalten, können im Bereiche der Binnenschiffahrt die Gesamtkosten für ein Stromgebiet oder Wasserstraßennetz zugrunde gelegt werden. Auf die Flößerei finden diese Bestimmungen insoweit Anwendung, als dieselbe auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird."

Diese Verfassungsänderung, die durchaus der agrarischen Initiative zuzuschreiben ist, wie wir weiterhin noch nachweisen werden, wird den beteiligten Bundesstaaten dadurch mundgerecht zu machen versucht, daß „Zweckverbände" geschaffen werden sollen, die von den an den gemeinsamen Wasserstraßennetzen beteiligten Staaten zu bilden und gemeinsam zu verwalten sind. Das Recht, Schiffahrtsabgaben für die Benutzung der natürlichen Wasserstraßen zu erheben, soll dadurch also auf alle beteiligten Staaten ausgedehnt werden. Jeder Zweckverband soll die Abgaben nach einem einheitlichen Tarif erheben. Die Einnahmen aus den Schiffahrtsabgaben sollen nur zur Deckung der Kosten für Herstellung und Erhaltung von Werken, Einrichtungen oder sonstiger Anstalten, die den durchgehenden Verkehr im Gebiet des Verbandes wesentlich erleichtern, verwendet und unter den Staaten nach Maßgabe derjenigen Ausgaben verteilt werden, die ein jeder mit Zustimmung des Verbandes für das gemeinsame Wasserstraßennetz im Schiffahrtsinteresse gemacht hat. Dadurch, daß allerhand schöne Versprechungen in bezug auf den Ausbau der Wasserstraßen, durch die Mainkanalisation, die Neckarkanalisation, die Oberrheinvertiefung usw. gemacht wurden, glaubt man die süddeutschen Staaten kirre machen zu können, so daß im Bundesrat die vierzehn Stimmen nicht vorhanden sein werden, deren es bedarf, um die Vorlage zu Falle zu bringen. Ob die süddeutschen Staaten sich in der Tat durch die schönen Zusicherungen und die zur Schau getragene Harmlosigkeit ködern lassen werden, bleibt abzuwarten.

Das Gesetz, das den modernen Austauschverhältnissen entsprechende Bestimmungen durch die Wiedereinführung reaktionärer Schiffahrtsabgaben ersetzen will, ist überaus gefährlich. Es bestärkt nur die verkehrsfeindliche Auffassung, daß die Aufwendungen für künstliche, resp. Verbesserung der natürlichen Wasserstraßen nicht aus öffentlichen Mitteln, sondern durch Schiffahrtsabgaben aufzubringen sind. Dergestalt könnte es dahin kommen, daß man entweder bei der Verbesserung der Wasserstraßen ein Schneckentempo einschlägt oder aber die Ausgaben für die Verkehrsverbesserung durch hohe Schiffahrtsabgaben einzubringen sucht. Eine solche Erhöhung der Abgaben aber würde den Verkehr erheblich schädigen, der Industrie die Rohmaterialien, die Kohlen usw. außerordentlich verteuern, vor allen Dingen aber auch den agrarischen Tendenzen, die Einfuhr ausländischen Getreides möglichst zu unterbinden, in der bedenklichsten Weise Vorschub leisten. Daß diese letztere Gefahr nicht hoch genug veranschlagt werden kann, beweist ja die Geschichte des § 19 des Kanalgesetzes, der uns dieses Reichsgesetz beschert hat. Die Rechte des preußischen Abgeordnetenhauses, die an die Bewilligung der Kanalvorlage die Bedingung der Schiffahrtsabgabe knüpfte, ließ es bei ihren Ausführungen an Deutlichkeit nicht fehlen. So erklärte nach dem Kommissionsbericht ein Vertreter der Rechten wörtlich:

„Der einheimischen Landwirtschaft bringen die großen Ströme durchweg Nachteile, indem sie den ausländischen Produkten als Einfallstor dienen, wodurch die großen Gedanken unserer Schutzzollpolitik durchkreuzt werden."

Und der Oberagrarier v. Pappenheim führte aus:

„Ich erkläre ganz offen und daran wird auch kein Zweifel sein: ich erhoffe, daß der Import des Getreides in erster Linie durch die Schiffahrtsabgaben getroffen wird, und daß durch die verschiedenen Tarifierungen ein wesentlicher Faktor gefunden wird, um uns die Konkurrenzmöglichkeit am Rhein zu verschaffen."

Die Einführung der Schiffahrtsabgaben bedeutet also nicht nur eine Verteuerung der Kohlen, des Eisens, der Hölzer, der Baumaterialien, sondern vor allen Dingen auch eine Verteuerung des aus dem Auslande importierten Getreides für die arbeitende Bevölkerung! Zum Zwecke dieser Verteuerung ist ja gerade der § 19 des preußischen Kanalgesetzes geschaffen worden, zu dessen nachträglicher Legalisierung der nunmehr vorliegende Reichsgesetzentwurf betreffend die Erhebung von Schiffahrtsabgaben dienen soll!

Der neue Gesetzentwurf ist also im Grunde nichts anderes als eine neue Liebesgabe an die herrschende Partei, die Agrarier! Da bereits im Jahre 1908 der Vertreter des Zentrums im Reichstage dem Agrariertum Helfersdienste geleistet hat und da auch die Nationalliberalen keine prinzipiellen Gegner des Gesetzes sind, so ist die Gefahr einer Annahme keineswegs ausgeschlossen.

Das Agrariertum ist ja noch immer bei uns Trumpf! Eine Beseitigung dieser reaktionären, verkehrsfeindlichen, im letzten Ende volksauswuchernden Politik in Preußen und im Reich ist nur von der politischen Ermannung der großen Masse des Volkes, des Proletariats, zu erwarten!

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Gegen die Einführung von Kirchensteuern, wie sie für die Angehörigen der evangelischen Landeskirche bereits bestehen, wehrt sich der katholische Klerus in Elsaß-Lothringen in der ihm dienstbaren Presse und durch die Zentrumsabgeordneten im Landesausschuß mit Händen und Füßen. Diese Haltung ist für die Gewissenstyrannei des Klerikalismus um so bezeichnender, als das Monstrum von einer Verfassung, welches in Elsaß-Lothringen besteht, den Austritt aus der katholischen Kirchengemeinschaft gar nicht zuläßt und mit der Einführung der katholischen Kirchensteuern die Regelung des Austrittsverfahrens — analog der für die Protestanten bestehenden Vorschriften — Hand in Hand gehen sollte. Neuerdings weist die klerikale Presse im Lande in ganz terroristischer Weise wieder auf eine in Elsaß-Lothringen gefällte Gerichtsentscheidung hin, die mit Berufung auf eine Verordnung vom 18. April 1871 die Verpflichtung der Eltern ausspricht, ihre Kinder bis zur Vollendung des 13. Lebensjahres für Mädchen und des 14. Lebensjahres für Knaben zum Besuche des von den Pfarrern nach Schluß der regelrechten Schulstunden erteilten Religionsunterrichts anzuhalten. Auch die Berufung eines Vaters darauf, daß der Pfarrer im Religionsunterricht das Züchtigungsrecht überschritten habe, schützte ihn nicht vor Bestrafung. Und so etwas nennt sich moderner Rechtsstaat!

Bürgerliche Reichstagskandidaturen. Für die Nachwahl im Kreise Stade haben die Freisinnigen den Direktor des Statist. Amtes in Bremen — Böhmert — als Kandidaten aufgestellt.

Am Sonntag befaßte sich eine in Düren zusammengetretene Vertrauensmännerversammlung des Zentrums mit der Aufstellung eines Kandidaten an Stelle des verstorbenen Grafen Hompesch. Die Versammlung einigte sich auf den Fürsten Alfred zu Salm-Reifferscheidt-Dyck, gegen den sich eine Versammlung von Arbeitern, die dem Zentrum angehören, doch vor wenigen Tagen mit aller Schärfe gewendet hat. Der Wahlkreis ist dem Zentrum sicher, und die Kapläne werden schon dafür sorgen, daß auch die mißgestimmten Arbeiter den hochgeborenen Fürsten zum „Volksvertreter" wählen.

Die Erhebungen über die Sonntagsruhe, die von den einzelnen Bundesstaaten gepflogen wurden, sind zum Abschluß gelangt. Das Ergebnis liegt zurzeit der preußischen Regierung vor, die das Material sichten und zusammenstellen wird. Man nimmt an, daß das künftige Gesetz eine Differenzierung bringen wird in der Form, daß die Sonntagsruhe verschieden gehandhabt wird, je nachdem, ob es sich um Großstädte, Provinzialstädte, Landstädte oder um das flache Land handelt.

Fürst Bülow und die Ministerverantwortlichkeit. Wie die „Kreuzzeitung" erfahren haben will, hat der Reichskanzler den Abgg. Dr. Junk und Müller-Meiningen gegenüber erklärt, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz sei für den Bundesrat absolut unannehmbar.

Auf die Frage einer Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages eingehend, hat der Kanzler erklärt, daß das Anfragerecht nicht auf belanglose Dinge und nicht auf schwebende Gerichts- und Verwaltungsgerichtsverfahren ausgedehnt werden dürfe. Anfragen sollen nur bei wichtigen, politischen Angelegenheiten zulässig sein.

Der Begriff einer wichtigen, politischen Angelegenheit ist derart flüssig, daß die Regierung es stets in der Hand hätte, auf eine unbequeme Frage nicht zu antworten, etwa mit dem Hinweis darauf, daß die Angelegenheit nicht politisch wichtig genug sei, um eine Auskunft zu rechtfertigen.

Die Unruhen in Samoa. Die Konzentration dreier Kriegsschiffe vor Samoa läßt erkennen, daß es sich dort um sehr ernste Dinge handelt. Unter den Samoanern ist eine Bewegung im Gange, die ihre Spitze gegen die Weißen richtet. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" mißt die Schuld daran, daß es so weit gekommen ist, der Eingeborenenpolitik des Gouverneurs Dr. Solf bei, der die Samoaner auf Kosten der Weißen verhätschelt habe. Die wirkliche Ursache scheint aber doch wo anders zu liegen. Vor einiger Zeit ist nämlich mitgeteilt worden, daß Land an Weiße nicht mehr abgegeben werden könne, weil der noch vorhandene Grund und Boden kaum noch für die Samoaner zureichend sei. Es liegt sonach die Vermutung sehr nahe, daß die Samoaner nur deshalb zum Kampf ihre Zuflucht nehmen, weil der ihnen belassene Boden nicht mehr ausreicht, das Volk entsprechend zu ernähren. Das Kolonialamt ist über die Zustände in Samoa seit einiger Zeit informiert, hat es aber für gut befunden, die Methode des Vertuschens anzuwenden. Es muß verlangt werden, daß unverzüglich eine amtliche Darstellung erfolgt.

Die Matrikularbeiträge pro 1909. Nach einer Aufstellung des Reichsschatzamtes haben die Bundesstaaten für das Etatsjahr 1909 folgende Summen an das Reich zu zahlen:

Preußen 263 904 745 Mk. (gegen 1908 mehr 49 858 241 Mk.), Bayern 44 318 874 Mk. (+ 8 541 575 Mk.) Sachsen 31 887 308 Mark (+ 6 016 558 Mk.), Württemberg 15 902 790 Mk. (+ 3 036 823 Mk.), Baden 14 227 907 Mk. (+ 2 687 318 Mk.), Hessen 8 562 193 Mk. (+ 1 622 085 Mk.), Mecklenburg-Schwerin 4 428 176 Mk. (+ 840 706 Mk.), Sachsen-Weimar 2 746 806 Mk. (+ 519 319 Mk.), Mecklenburg-Strelitz 732 590 Mk. (+ 138 839 Mark.), Oldenburg 3 102 704 Mk. (+583 872 Mk.), Braunschweig 3 440 855 Mk. (+ 651 680 Mk.), Sachsen-Meiningen 1 903 493 Mark (+ 360 039 Mk.), Sachsen-Altenburg 1 462 255 Mark (+ 276 994 Mk.), (Sachsen-Coburg-Gotha 1 716 261 Mk. (+ 324 813 Mk.), Anhalt 2 323 725 Mk. (+ 440 990 Mk.), Schwarzburg-Sondershausen 603 137 Mk. (+ 114 404 Mk.), Schwarzburg-Rudolstadt 685 934 Mk. (+ 130 146 Mk.), Waldeck 419 044 Mk. (+ 79 684 Mk.), Reuß ä. L. 500 171 Mk. (+ 94 942 Mark), Reuß j. L. 1 024 184 Mk. (+ 194 338 Mk.), Schaumburg-Lippe 318 694 Mk. (+ 60 461 Mk.), Lippe 1 031 199 Mk. (+ 195 655 Mk.), Lübeck 749 074 Mk. (+ 171 504 Mk.), Bremen 1 861 581 Mk. (+ 349 556 Mk.), Hamburg 6 186 650 Mk. (+ 1 165 254 Mk.), Elsaß-Lothringen 12 848 803 Mk. (+ 2 435 297 Mark.

Insgesamt sind 426 889 153 Mk. Matrikularbeiträge, also 80 861 081 Mk. mehr gegen 1908 aufzubringen.

Bündler gegen Bündler in der Finanzreform. In Dessau fand eine Versammlung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie statt. Hierbei hielt Herr v. Bismarck, ein Führer des Bundes der Landwirte, eine Rede, in der er ausführte:

„Ich glaube, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich sage, daß wir die Haltung des Bundes der Landwirte gegenüber den Regierungsvorschlägen zur Reichsfinanzreform bedauern, und daß wir die Behandlung, die dem greisen Geheimrat Professor Wagner in der Gesellschaft der Wirtschaftsreformer von seiten der Agrarier zuteil wurde, nur mit großem Unmut betrachten konnten. Wir bedauern auch die Art, wie hierbei ein früherer Staatsminister aufgetreten ist. Wir halten diese Stellung-

nahme nicht im Interesse des Reiches wie der Reichsfinanzen liegend."

Wie der Versammlungsbericht hervorhebt, wurde dem Redner für seine Ausführungen starker Beifall zuteil.

Aus dem Reichstag.

Die Finanzkommission des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung der Brausteuervorlage fort und beendete dieselbe. — Fast alle Anträge, die zu den einzelnen Paragraphen eingebracht sind, wurden abgelehnt. Lediglich ein Antrag Gamp fand Annahme, der die Stundungsfrist für die Steuerbezahlung verlängert und Erleichterungen für die Brauereien gewährt.

Bei § 3 wurde die neue Regierungsvorlage abgelehnt und die Fassung des bisher bestehenden Gesetzes beibehalten. Die Vorlage wollte eine Anmeldefrist festsetzen für die Verwendung sogen. Bierfarbe.

Von Wichtigkeit waren nur noch die Anträge, die eine Beschränkung der kommunalen Besteuerung des Bieres wünschen. Der Abg. Zubeil stellte dazu den Antrag, obergärige Biere mit 1½ Prozent Alkohol von kommunaler Besteuerung freizulassen. — Der Schatzsekretär Sydow äußerte Bedenken wegen der Eingriffe in die Gemeindefinanzen. Der bayer. Bundesratsbevollmächtigte sprach gegen jede Begrenzung der kommunalen Besteuerung des Bieres. Er führte einige Beispiele an, wie stark bayerische Gemeinden an der Bierbesteuerung beteiligt seien; die bayerische Regierung werde dem Vorschlage kaum zustimmen können.

Einige der beschränkenden Anträge wurden in erster Lesung angenommen; der Antrag Zubeil wurde dagegen mit 12 gegen 12 Stimmen abgelehnt, im ganzen dann die Vorlage in der ersten Lesung mit Mehrheit angenommen.

Auf der Tagesordnung für Mittwoch steht die Beratung der Weinsteuervorlage.

Aenderung des Strafgesetzbuches.

Der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Strafgesetzbuchs" ist dem Reichstage zugegangen. Die Novelle erstreckt sich auf folgende Materien: Hausfriedensbruch, Arrestbruch, Siegelbruch, Bereitelung der Zwangsvollstreckung, Tierquälerei, Beleidigung, Kindermißhandlung, geringfügige Diebstähle und Unterschlagungen, Erpressung.

Der Hausfriedensbruch mit bewaffneter Hand mußte bisher mit Gefängnis bestraft werden; desgl. Siegelbruch, Arrestbruch und Bereitelung der Zwangsvollstreckung. Die Novelle sieht für diese Delikte auch Geldstrafe vor.

Ein neuer Paragraph (145b) will boshafte Quälerei oder rohe Mißhandlung von Tieren mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. ahnden. Bisher wurde nach § 360 Ziffer 13 öffentliche oder ärgernis-erregende boshafte Quälerei oder rohe Mißhandlung mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft. Diese Strafen sollen laut Novelle nunmehr denjenigen treffen, der die zur Verhütung von Tierquälerei erlassenen Vorschriften übertritt.

Im § 186, dem berüchtigten Beleidigungsparagraphen, sollen die Geldstrafmaxima von 600 auf 1000 bezw. (bei öffentlicher Beleidigung) von 1500 auf 10 000 (Zehntausend!!) Mark erhöht werden, ja — es soll neben der Freiheits- auch Geldstrafe erkannt werden dürfen. Sodann ist folgender Zusatz geplant:

„Bei einer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangenen Beleidigung tritt die Bestrafung ohne Rücksicht auf die Erweislichkeit der Tatsache ein, wenn diese lediglich Verhältnisse des Privatlebens betrifft, die das öffentliche Interesse nicht berühren. Eine Beweisaufnahme über die behauptete oder verbreitete Tatsache ist nur mit Zustimmung des Beleidigten zulässig."

Beleidigung wider besseres Wissen, die bisher bei Annahme mildernder Umstände mit Geldstrafe bis zu 900 Mk. geahndet werden durfte, soll fortan (neben Gefängnis) bis mit 3000 Mk. gebüßt werden. Die Buße an den Beleidigten soll von jetzt 6000 Mk. im Maximum bis auf 20 000 Mk. (!) erhöht werden.

Zu § 223a wird folgender Zusatz gemacht:

„Gleiche Strafe (Gefängnis nicht unter 2 Monaten) tritt ein, wenn gegen eine noch nicht 14 Jahre alte oder wegen Geisteskrankheit oder Krankheit wehrlose Person, die der Fürsorge oder Obhut des Täters untersteht, eine Körperverletzung mittels grausamer Behandlung begangen wird."

Aus Not erfolgte Diebstähle oder Unterschlagungen geringwertiger Gegenstände sollen mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden. Die Verfolgung darf nur auf Antrag eintreten. Wird die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen den Ehegatten begangen, so bleibt sie straflos.

Im Erpressungsparagraphen (253) soll nach dem neuvorgeschlagenen Text der Nachdruck auf die beabsichtigte Vermögensschädigung verlegt werden.

Dänemark.

Ein glänzender Sieg der Sozialdemokratie in der dänischen Hauptstadt. Aus Kopenhagen wird der „Leipziger Volkszeitung" geschrieben: In ganz Dänemark finden in diesem Monat die Kommunalwahlen statt, und zwar unter dem Proportionalwahlsystem und der Teilnahme der Frauen, denen das Stimmrecht zur Kommunalvertretung eingeräumt worden ist. Obwohl nach den bisher bekannten Resultaten ein starkes Wachstum der Sozialdemokratie auch in den rein bäuerlichen Distrikten konstatiert werden konnte, so konzentrierte sich doch die allgemeine Spannung des Landes auf die Wahl in der Hauptstadt. Ein Fünftel der gesamten dänischen Bevölkerung wohnt in Kopenhagen, es ist also nur selbstverständlich, daß das ganze Land an den Ereignissen in der Hauptstadt großen Anteil nimmt. Am Freitag sind die Wahlen in Kopenhagen vollzogen worden. Von den insgesamt 42 Ratssitzen nimmt in Zukunft die Sozialdemokratie 20 ein, die Rechte 16, die Radikalen 5, außerdem wurde ein Unparteiischer gewählt. Das Bild der neuen Stadtvertretung ist auch nach der neuen Zusammensetzung nicht stark verändert. Die demokratische Mehrheit bleibt, nur ist sie wesentlich stärker als früher. Rund 45 000 Stimmen fielen auf unsere Partei, während die Bürgerlich-Radikalen 11 634, die Vereinigte Rechte 36 598 und eine vierte Liste 2242 Stimmen erhielt.

Seit dem Jahre 1892 schlossen unsere Parteigenossen regelmäßig mit den bürgerlichen Radikalen ein Kompromiß zum Sturz der konservativen Rathausmehrheit. Das hatte den Erfolg, daß diese in den letzten beiden Jahren der vereinigten demokratischen Liste gar keine konservative Liste mehr entgegenzusetzen wagte. Aber nicht allein in der Hauptstadt, sondern auch in allen bedeutenderen Orten in den Provinzen schwand unter dem Einfluß des sozialistisch-radikalen Kompromisses die Macht der Konservativen und der Regierungsliberalen. Dieser Umstand machte die beiden Parteien geneigt, im vergangenen Jahre im Reichstage dem neuen Kommunalwahlgesetz (mit dem Proporz und Frauenstimmrecht) zuzustimmen. Sie hofften, indem sie auf die Indolenz der arbeitenden Frauen spekulierten, im Trüben fischen zu können. Wie der Wahlausfall zeigt, hatten sie die Rechnung ohne die Sozialdemokratie gemacht, die von jeher eine energische Aufklärungsarbeit unter den Frauen betrieb und sofort nach der Annahme des Kommunalwahlgesetzes eine großartige Organisation der Frauenbewegung schuf.

Trotzdem war die Spekulation der Regierungsparteien nicht ganz falsch. Das neue Wahlgesetz gibt jedem, Mann oder Frau, der fünf Kronen jährlich Steuer bezahlt, das Wahlrecht. Im alten Gesetz waren nur Männer mit mindestens 1000 Kronen Einkommen wahlberechtigt. Heute aber ist auch die Frau des Mannes wahlberechtigt, der 800 Kronen jährliches Einkommen versteuert. So vorteilhaft das nun auch für die arbeitende Bevölkerung scheinen mag, so ist es doch Tatsache, daß wirklichen Vorteil vom Aufstellen bestimmter Steuersätze für die Bemessung des Wahlrechts in erster Linie die besitzende Klasse hat. Das gilt ganz besonders für Zeiten wirtschaftlicher Depression. Weit über 8000 Arbeiter mußten denn auch diesmal von der Wählerliste gestrichen werden, weil sie das letzte halbe Jahr mit ihrer Steuer rückständig waren. Es kommt hinzu, daß Arbeiterwitwen und einzelstehende ältere Arbeiterinnen gewöhnlich keine Steuer zahlen. Mit all dem haben die Besitzenden nicht zu rechnen. Sie können sich bis ins höchste Alter ihr Wahlrecht sichern und benutzen es, wie der Ausfall der letzten Wahl zeigte. Wäre die Wahl nicht in die schlimmste Zeit der wirtschaftlichen Krise gefallen, so hätte das Kopenhagener Rathaus schon diesmal eine sozialistische Majorität erhalten. Die sozialistische Majorität war denn auch das Schreckgespenst, das die Gegner anspornte, mit einer Energie zu arbeiten, wie man es früher niemals sah. Ist es ihnen auch noch einmal gelungen, diese Majorität abzuwehren, so ist doch die Hoffnung wohlbegründet, daß nach den nächsten Wahlen, in vier Jahren, Kopenhagen völlig unter sozialistischem Regime stehen wird.

Hervorgehoben muß auch noch das großartige Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften werden. Hier in Dänemark sind diese beiden Teile der modernen Arbeiterbewegung wirklich eins, ein Ganzes ohne Lücke. Auf den Gewerkschaftsbureaus hingen die Aufforderungen zur Wahl aus, die Gewerkschaftsführer beriefen Versammlungen ihrer Verbände ein zur Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten. Unter den 30 sozialdemokratischen Kandidaten waren 18 Gewerkschaftsführer, darunter zwei Frauen, die auch beide gewählt sind. Von den bekannten Genossen sind gewählt der Vorsitzende der Generalkommission der dänischen Gewerkschaften, Abg. Olsen und der Redakteur des „Sozialdemokraten", Abg. Borgbjerg. Der langjährige Parteiführer, Genosse Abg. Knudsen, ist schon seit Jahren Mitglied des Kopenhagener Magistrats.

Italien.

ac. **Die Wahlen.** Die Stichwahlen vom Sonntag haben den glänzenden Sieg der Sozialdemokratie vollendet, den die Hauptwahlen begonnen. Zu den 30 Mandaten, die unseren Genossen in der Hauptwahl zufielen, sind, wie bereits gemeldet, weitere 12 gekommen, so daß sie nunmehr über 42 verfügen, gegen 26 in der früheren Kammer. Die äußerste Linke hat nunmehr mit den Sozialisten zusammen 106 Sitze inne, in der alten Kammer 72. Die Radikalen stiegen von 34 auf 41, die Republikaner von 2 auf 23. Auf der anderen Seite steht die sogenannte monarchische Opposition, deren Zusammensetzung mit zirka 100 Mandaten ziemlich die gleiche geblieben ist. Giolitti bleibt demnach auch in der neuen Kammer der Herr der Situation; er kann sich auf eine Mehrheit von rund 300 Stimmen stützen.

Die eigentlichen Sieger sind demnach unsere Genossen, die nicht allein ihre Mandate vermehrt, sondern die — was noch viel wichtiger — auch einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben. Erfreulich ist die geringe Stimmenzahl, welche die syndikalistischen Kandidaten bei der Hauptwahl auf sich vereinigten (bei den Stichwahlen kamen sie so gut wie nicht mehr in Betracht). Es hat sich gezeigt, daß der Syndikalismus bei dem italienischen Proletariat doch nur über eine sehr geringe Werbekraft verfügt. Das Resultat der Wahlen läßt erkennen, daß die letzten Jahre der inneren Kämpfe nicht spurlos an unseren italienischen Genossen vorübergegangen sind; innerlich gekräftigt ist die Partei in den Kampf gezogen und hat als geeinte Macht ihre Siege erfochten.

Frankreich.

ac. **Der Streik der Telegraphisten.** Die Angestellten des Pariser Post- und Telegraphenamtes haben in einer von Tausenden besuchten Versammlung den Generalausstand beschlossen. Dazu sind sie getrieben worden durch die Provokationen des Staatssekretärs Symian, der unter Mithilfe der Polizei und der Regierung in der schroffsten Weise gegen die unzufriedenen Beamten vorging. Auf seine Veranlassung wurden etwa 50 Verhaftungen vorgenommen, eine Anzahl der Verhafteten wurde zu mehreren Tagen Gefängnis verurteilt. Eine weitere Anzahl von Telegraphisten wurde suspendiert, darunter das Vorstandsmitglied Subra, obgleich dieser in den Versammlungen dringend zur Mäßigung und zur Ruhe ermahnt hat. So hat man in jeder Weise Oel ins Feuer gegossen, anstatt Verständigung mit den mit Recht unzufriedenen Beamten zu suchen. Schließt sich auch nur die Hälfte der Angestellten dem Ausstand an, dann wird der Depeschendienst in einer ungeheuren Weise verrachlässigt werden. Schon in den letzten Tagen konnte nach den eigenen Eingeständnis der Direktion die Arbeit nicht bewältigt werden. Am Sonnabend mußten auf der Zentrale in Lyon bleiben nach Nizza zirka 1000, nach Algier 150, nach St. Brieux 180 nach Nantes 110, nach Toulouse 150 Telegramme usw. Als Ersatz für die Streikenden sollen Soldaten von der Telegraphenabteilung herangezogen werden; diese werden aber nicht genügen, die Arbeit zu bewältigen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 17 März.

— **Ein Mückenstich als Betriebsunfall.** Die Zigarrenarbeiterin Ehefrau H. in Holsen war am 20. August 1907 damit beschäftigt den von ihrem Ehemanne auf ihrem eigenen Felde geschnittenen Klee in den Armen nach ihrer 10—12 Meter vom Felde entfernten Tenne zu tragen. Bei diesem Kleetragen flog der Frau H eine Mücke ins Auge, wodurch eine Entzündung und nach mehrmaliger Operation eine Erblindung des Auges eintrat. Am 3 März 1908 wurde dies erst der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft von Frau H. gemeldet und die Gewährung einer Unfallentschädigung beantragt. Die Berufsgenossenschaft lehnte jedoch die Gewährung einer Unfallrente mit der Begründung ab, daß die erlittene Verletzung als ein Unfall im landwirtschaftlichen Betriebe nicht anerkannt werden könne, denn das Eindringen der Mücke in das Auge sei lediglich bei Gelegenheit, nicht aber infolge der landwirtschaftlichen Tätigkeit (Gang zum Kleeholen) erfolgt und bilde eine Gefahr des gewöhnlichen Lebens, die die Verletzte auch überall anderswo außerhalb des Betriebes hätte treffen können.

Die gegen diesen ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft eingelegte Berufung auf schiedsrichterliche Entscheidung wurde vom Schiedsgericht in Minden als unbegründet verworfen, da dasselbe die von der Berufsgenossenschaft angeführten Gründe als zutreffend erachtete. Das Schiedsgericht führte in seinen Entscheidungsgründen aus, daß nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes solche Unglücksfälle keine Betriebsunfälle sind, welchen an der betreffenden Stelle oder zu der betreffenden Zeit auch jede andere, nicht in dem Betrieb Beschäftigte hätte ausgesetzt sein, und welche den im Betriebe Beschäftigten in gleicher Weise auch anderswo und zu jeder anderen Zeit außerhalb des Betriebes hätten erreichen können. Nach Ansicht des Schiedsgerichts kann das Eindringen der Mücke in das Auge in einen ursächlichen Zusammenhang mit dem Betriebe und dessen Gefahren nicht gebracht werden, es ist weder mittelbar noch unmittelbar durch die Arbeit des Kleeholens resp. durch den Aufenthalt an der Unfallstelle veranlaßt. Mücken kommen namentlich auf dem Lande überall vor und jeder, sowohl im Freien wie auch im Hause, ist der Gefahr des gelegentlichen Eindringens in ein Auge in gleichem Maße ausgesetzt.

Mit diesem abweisenden Urteil kam nun der Ehemann der Verletzten zum Bielefelder Arbeitersekretariat mit der Bitte, noch weitere Schritte in dieser Sache zu unternehmen, wenn noch irgend etwas zu machen wäre. Die Berufung war in Holsen von der Behörde angefertigt. Wir ersahen nun gleich, daß in dem Bescheid der Berufsgenossenschaft sowohl wie in der Entscheidung des Schiedsgerichts immer davon die Rede war, daß das Eindringen der Mücke in das Auge auf dem Gang zum Kleeholen erfolgt sei, während dieses doch beim Tragen des Klees vom Feld nach der Tenne zu erfolgt war. Wäre der Frau die Mücke auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstelle, in diesem Fall nach dem Feld zum Kleeholen, ins Auge geflogen, so lag allerdings nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes kein Betriebsunfall vor, da die Unfälle, die vor der Wohnung nach der Arbeitsstelle oder umgekehrt von der Arbeitsstelle zur Wohnung sich ereignen, nicht als Betriebsunfälle gelten. Hier hatte sich aber der Unfall direkt im Betriebe beim Tragen des Klees ereignet, wodurch die Voraussetzungen für einen Betriebsunfall vorhanden waren. Dies wurde auch von uns in dem gegen den Entscheid des Schiedsgerichts eingelegten Rekurse ausdrücklich hervorgehoben, und darauf erkannte das Reichsversicherungsamt den Anspruch der Verletzten auf Entschädigung aus dem Unfall als berechtigt an. Nach den vom Reichsversicherungsamt angestellten Ermittelungen war es als erwiesen zu erachten, daß der Frau, als sie den Klee vom Felde in ihr Haus trug, eine Mücke in das rechte Auge geflogen und dadurch das Auge verletzt worden ist. Erfahrungsgemäß werden gerade auf Kleefeldern Mückenschwärme häufig beobachtet. Die Klägerin ist außerdem dadurch, daß sie den Klee zu tragen hatte, behindert gewesen, die Mücken mit den Händen abzuwehren. Sie ist mithin nicht nur an der Oertlichkeit, an der sie am 20. August 1907 gearbeitet hat, der Gefahr einer Verletzung durch herumschwärmende Mücken in erhöhtem Maße ausgesetzt gewesen, sondern es spricht auch die Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie gerade durch die Art ihrer Arbeit an der Abwehr dieser Gefahr gehindert worden ist. Unter diesen Umständen war ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Unfall und Betrieb und demgemäß das Vorliegen eines entschädigungspflichtigen landwirtschaftlichen Betriebsunfalls anzuerkennen.

Die Frau erhält also ihre Unfallrente vom 20. August 1907, die Höhe derselben muß natürlich erst von der Berufsgenossenschaft festgesetzt werden. Hoffentlich wird von der Berufsgenossenschaft eine genügende Rente gewährt, damit nicht auch hiergegen erst wieder die gesetzlichen Rechtsmittel angewendet werden müssen.

— **Brauereiarbeiter-Verband.** Die Versammlung am Sonnabend war gut besucht. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: Mitteilungen und Abrechnung vom Stiftungsfest, waren rasch erledigt. Beim dritten Punkt, Kartellbericht, wurde von der Erhöhung der Kartellbeiträge Kenntnis genommen; der Erhöhung wurde einstimmig beigetreten. Beim vierten Punkte wurde angeführt, daß es leider bis heute noch nicht gelungen ist, die Kollegen der Brauerei Wiegand, sowie der Biernie-derlage Tilly der Organisation zuzuführen. In ersterem Betrieb wird ja seitens der Firma alles getan, um die Organisation fernzuhalten, trotzdem man aber auf der anderen Seite recht gern an die organisierte Arbeiterschaft sein Produkt absetzt. So wurde auch kürzlich ein Brauburschen gebraucht; wir sandten auch mehrere nach der Brauerei hin, aber keiner hatte das Glück, eingestellt zu werden, man hatte sie jedenfalls im Verdacht, daß sie organisiert seien. Herr Wiegand meinte, er mache die Arbeit selbst. Aber nicht lange danach scheint man sich anders besonnen zu haben. Herr Wiegand ließ sich einen Brauburschen aus der hintersten Ecke von Bayern kommen, von dort, wo die Leute von der Kultur noch wenig beleckt sind. Aber nicht allein das, sondern auch praktische Erfahrung im Beruf scheint den Brauburschen, welche aus dieser Ecke kommen, abzugehen; passierte doch diesem bedauernswerten Kollegen ein schwerer Unglücksfall, der ihm leicht das Leben kosten konnte. Er kann von Glück sagen, daß er mit einigen Knochenbrüchen davongekommen ist. Es sei aber gesagt, daß bei etwas praktischer Erfahrung dieser Unglücksfall unmöglich vorkommen konnte. Aber was fragt die betreffende Firma danach, die Hauptsache ist doch, daß der Betrieb von Verbandskollegen rein gehalten wird, für eine Fünfpfennig-Postkarte bekommt man wieder einen anderen Brauburschen aus dem bayerischen Wald. Wir werden aber ein wachsames Auge auf diesen Betrieb haben. In dem Betriebe Tilly liegt es an den Arbeitern selbst, daß die Organisation keinen Boden findet. Dort versteckt sich immer einer hinter dem anderen, „wenn der in den Verband geht, gehe ich auch rein," das sind ihre Redensarten. Ferner behaupten sie, sie hätten den Verband nicht nötig, sie bekämen hohe Löhne und dergleichen mehr. Aber interessant ist es, daß keiner sagt, was er verdient; wir haben schon festgestellt, daß die Leute sich in die eigene Tasche lügen, daß sie nach außen hin behaupten, sie bekämen so und so viel an Lohn, in Wirklichkeit haben sie immer ein paar Mark weniger; außerdem müssen sie es noch in Kauf nehmen, bei Geringfügigkeiten jeden Tag die Entlassung zu gewärtigen. Aber unsere Kollegen aus anderen Gewerkschaften ersuchen wir, bei Bezug von Flaschenbier auch innerhalb ihrer Arbeitsstätten, sowie auch im übrigen Umgang mit den Arbeitern obiger Betriebe dieselben immer wieder auf ihre Organisation hinzuweisen oder über sich bei solchen Gelegenheiten die von uns eingeführten Kontrollkarten vorzeigen zu lassen. Die Versammlung stimmte den Ausführungen zu und verpflichtete sich, alles daran zu setzen, daß die uns noch fernstehenden Kollegen organisiert werden.

— **Der Zentralverband für die Interessen des Detailreisens** (Sitz Bielefeld) hat in einer eingehend begründeten Eingabe beim Handelsminister gegen jede Beschränkung der bestehenden Vergünstigungen des Detailreisens Einspruch erhoben und den Handelsminister gebeten, dafür einzutreten, daß das Aufsuchen von Bestellungen von Reisenden eines stehenden Gewerbes auf Grund der Legitimationskarte wieder allgemein zugelassen werde. Die Handelskammer zu Bielefeld hat sich dieser Eingabe bedingungslos angeschlossen und dieselbe beim Handelsminister unterstützt.

— **Ravensberger Spinnerei.** Dem Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1908 entnimmt der „Generalanzeiger" folgende Ausführungen:

Während der technische Betrieb unserer beiden Spinnereien, wie auch in der Bleiche im verflossenen Jahre ein regelmäßiger und ungestörter war, soweit er nicht von dem kaufmännischen störend beeinflußt wurde, war der letztere ein so ungewöhnlicher und schwieriger, wie er kaum schon in einem der mehr als 50 Jahre des Bestehens der Ravensberger Spinnerei gewesen ist. Mit um so größerer Befriedigung legt der Vorstand der Generalversammlung einen Bücherabschluß vor, welcher das von ihm am Schlusse seines vorjährigen Berichts ausgesprochene Vertrauen rechtfertigt.

Wie in unserem letztjährigen Bericht ausgeführt, ist schon im Herbst 1907 die vorher ganz ungewöhnlich große Nachfrage nach Garnen erlahmt; — sie ist aber im Laufe des Berichtsjahres noch schwächer und schwächer geworden und allmählich beinahe ganz erstorben. Nur für einige Garnsorten, vorzugsweise für solche, welche nicht zu Geweben der deutschen Leinenausfuhr Verwendung finden, hat sie tapfer Stand gehalten. Die unausbleibliche Folge dieses, man möchte beinahe sagen Aussterbens des Garnmarktes ist ein gewaltiger Rückgang der Garnpreise gewesen. —

Wenn wir trotz dieses ganz außergewöhnlich tiefen Preissturzes doch noch mit Nutzen arbeiten konnten, so haben wir das dem in unserem letztjährigen Berichte angegebenen Umstande zu danken, daß nahezu drei Viertel unserer Jahresproduktion schon im Laufe des Vorjahrs zu den damaligen hohen Garnpreisen voraus verkauft waren. Von diesen Preisen haben die deutschen Flachsspinner ihren Kunden, um ihnen bei der ebenfalls ungünstig gewordenen Lage der Weberei-Industrie die Abnahme der Garne zu erleichtern, einen ganz bedeutenden Nachlaß gewährt.

Da trotzdem die Abnahme nur ganz langsam geschehen ist und da neue Verkäufe nur in verschwindendem Maße zu bewerkstelligen waren, haben die deutschen Flachsspinner in Gemeinschaft mit den österreichischen und belgischen Mitte Juni die Arbeitszeit um ein Sechstel gekürzt und diese Maßnahme bis Ende des Jahres durchgehalten. Unsere Betriebe sind in dieser Zeit von 60 wöchentlichen Arbeitsstunden auf 50 zurückgegangen. Die Hälfte des dadurch entstandenen Verdienstausfalles haben wir unsern Arbeitern vergütet. Selbstverständlich ist diese verkürzte Arbeitszeit in der gegen das Vorjahr kleineren Garnproduktion und ebenso in der minderen Leistung unserer Bleiche zutage getreten.

Die Zahl der fertiggestellten Bündel an Flachs- und Werggarnen betrug 970 067 gegen 1 025 768 im Jahre 1907. Verkauft wurden an rohen und gebleichten Garnen 934 750 Bündel gegen 1 011 878 im Jahre 1907. Wegen der Einschränkung in der Spinnerei und wegen der für gebleichte Garne besonders ungünstigen Konjunktur mußte auch der Bleichereibetrieb nicht unbedeutend gekürzt werden.

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 64. Bielefeld, Mittwoch, 17. März 1909. 20. Jahrg.

Aus der Nachbarschaft.

* **Detmold**, 16. März. Sitzung des Amtsgemeinderats für das Amt Detmold. Im Schöffensaale des Landgerichtsgebäudes fand heute eine Sitzung des Amtsgemeinderats Detmold statt, deren Tagesordnung 30 Punkte umfaßte. Der Magistrat zu Detmold hatte ein Schreiben an den Amtsgemeinderat gerichtet, in welchem eine Eisenbahnfrage besprochen wird. Der Punkt wurde vertraulich behandelt. — Zu Vertrauensmännern zur Auswahl von Schöffen und Geschworenen wurden die bisherigen Inhaber dieser Aemter gewählt. Ebenso die Sachverständigen der Ablösung von Holz- und Streuberechtigung. Für das Bandeldenkmal wurden 200 Mk. und für die Feier hierzu ebenfalls 200 Mk. bewilligt. Die Sperrung der Kommunalwege im Amte Detmold für den Automobilverkehr wurde bis zum 1. Oktober d. J. zurückgestellt. Es soll das Reichsgesetz betr. die Regelung des Automobilverkehrs im Deutschen Reiche abgewartet werden. An den Häusern der Ortsvorstände soll ein Schild angebracht werden mit der Bezeichnung: Gemeindevorstand. Für die Anbringung eines jeden Schildes sollen 60 Pfg bezahlt werden. Der Anlage einer elektrischen Starkstromleitung an dem Kommunalwege Heiligenkirchen-Hornoldendorf-Fromhausen wurde unter der Maßgabe zugestimmt, daß die Anschüsse dem freien Wettbewerb unterworfen sind und nicht einer einzelnen Firma. Der Amtsgemeinderat erkannte sodann die Notwendigkeit einer Verordnung zur Vertilgung der Ackerdiestel an. Der Entwurf hierzu ist vom Verwaltungsamt Blomberg ausgearbeitet und sieht eine jährliche Revision der Felder vor. Die Obstbaumrevisoren sollen auch in diesem Jahre an dem von dem Obstbau-Inspektor Hagemann in Herford veranstalteten Obstbaumkurse teilnehmen. Als sechster Obstbaumrevisor wurde der Landwirt Bierwirth in Haustenbeck ernannt. Zu der Aufstellung der Wählerlisten zum Landtage beschloß der Amtsgemeinderat, es bei der jetzt bestehenden Gepflogenheit zu lassen. Die Aufstellung der Listen nach den Kolonatnummern sei nicht angebracht. In einem Schreiben beschwert sich der Gemeindeausschuß Heiligenkirchen über die Tätigkeit des Verwaltungsamtes Detmold in dem Prozesse betr. den Blauen Steg. Landrat Piderit erklärt, daß er sich einen solchen Vorwurf nicht gefallen lassen könne und wolle. Er habe seine Pflicht getan und deshalb seine eine Kritik seiner Handlungen nicht angebracht. Die Beschwerdeführer hätten sich an die Regierung wenden sollen und nicht an den Amtsgemeinderat; dieser sei nicht seine vorgesetzte Behörde. Die Amtsgemeinde Detmold war vom Oberverwaltungsgericht zur Unterhaltung einer Familie verpflichtet. Das Bundesamt für Heimatwesen hat nun entschieden, daß nicht die Amtsgemeinde Detmold, sondern die Regierung zur Unterhaltung verpflichtet sei. Die Unterhaltungskosten betragen rund 950 Mark. Der Lieferung der Steine für den Kommunalweg Berlebeck-Fromhausen wurde zugestimmt. Oberförster Näker hat an den Grundstücken der Oberförsterei Berlebeck eine Röhrenleitung anbringen lassen. Als die Leitung fertiggestellt war, stellte es sich heraus, daß Röhren mit 15 Zentimeter lichter Weite verwandt sind, während solche mit 25 Zentimeter lichter Weite vorgeschrieben sind. Der Amtsgemeinderat beschloß, die Röhren entfernen und diese durch die vorgeschriebenen Röhren ersetzen zu lassen. Die Beschädigung des Kommunalweges Haustenbeck durch Hochwasser resp. die Anlage von 3 neuen Querdurchlässen soll die Wegebaukommission beschäftigen. Das Gehalt des Wegeaufsehers Schierenberg wurde um 100 Mark erhöht. Ferner bewilligte der Amtsgemeinderat für eine arme 63jährige Witwe in Hiddesen 50 Mk. Wohnungsmiete. Dem Gesuch des Kriegervereins Diestelbruch um Zurückerstattung der Tanzsteuer, welche anläßlich der Feier des Geburtstages des Kaisers bezahlt sind, wurde entsprochen. Für die Polizeidiener des Amtes soll auf die Zeitschrift „Die Polizei" abonniert werden. Der landwirtschaftlichen Winterschule in Lage wurden 150 Mk. auch in diesem Jahre bewilligt. Das Gesuch um eine Geldspende für die Ueberschwemmten in Schwarzburg-Rudolstadt wurde dahin erledigt, daß dieses später berücksichtigt werden soll. Nachdem noch verschiedene Unterstützungsgesuche bewilligt waren, wurde die Sitzung geschlossen.

* **Oetinghausen**, 16. März. Feuer. Heute morgen 8½ Uhr brannte das Gehöft des Kolon Niebuhr samt dem von zwei Familien bewohnten Kotten nieder. Der Brandstiftung dringend verdächtig ist der Heuerling Honermeier. Derselbe ist sofort auf der Brandstätte verhaftet worden. Vieh und Mobiliar wurden gerettet.

* **Minden**, 16. März. Zur Lohnbewegung der Schneider. Sonntag, 14. März, fand in der „Centralhalle" eine außerordentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Forderungen." Die Unternehmer haben ihre Arbeiter nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Die Mindener Unternehmer wollen allem Anschein nach den „Herrn im Hause" hervorkehren. Die Führung in echt scharfmacherischem Sinne hat die Firma Muermann übernommen. Die Firma ist noch der Auffassung, durch Brotlosmachung einiger Kollegen die Bewegung niederdrücken zu können. Die Herren sollen den schlauen Plan gefaßt haben, unseren derzeitigen Bevollmächtigten brotlos zu machen. Nun, die Zeiten haben sich geändert, an der Einigkeit der Schneider werden solche Praktiken scheitern. Das, was die Mindener Schneider verlangen, ist seit Jahren in allen namhaften Orten durchgeführt. Die namhaftesten Arbeitgeber im Schneidergewerbe erkennen rückhaltlos die gute Wirkung der Tarifverträge an. Die Millionenfirma Muermann ist zu sehr gewöhnt, nach Willkür zu handeln. Jeden Zahltag müssen die Arbeiter feilschen und handeln, welchen Preis sie für die Arbeit bekommen. Auch diese Arbeiter haben den einmütigen Willen, durch feste Normen eine Regelung der Löhne herbeizuführen. Die übrigen Firmen haben sich einen schlechten Führer gewählt, einen Führer, der nicht auf dem Wege der Verständigung, der gegenseitigen Anerkennung den Frieden will, sondern der „bestimmen" will. Die Gebilden werden das Verhalten der Firma Muermann zu würdigen wissen, sie haben die „Wohltaten" der Firma erkannt. Aber nicht genug, daß die Firma Muermann es abgelehnt hat, mit unserem Gauleiter auch nur einmal Rücksprache zu nehmen, verweigerte sie am Montag die Annahme eines Briefes, in dem fünfzig Arbeiter der Firma ihre Kündigung einreichten. Nun, die Arbeiter werden mit Ruhe den Kampf aufnehmen, sie werden festhalten an ihrem Programm, für Minden das zu verwirklichen, was die Kollegen aller Orte längst als Gemeingut haben. Von 69 stimmberechtigten Kollegen ist am Sonntag gegen 1 Stimme die Einreichung der Kündigung zum nächsten Tage beschlossen worden. Das ist am Montag von 89 Kollegen geschehen. Die Arbeiter haben alles versucht, in Güte eine Verständigung herbeizuführen, sie werden jetzt durch entschlossenes Handeln mit allen Mitteln das gesteckte Ziel zu erreichen suchen. An den Arbeitgebern liegt es, ob es zu einem Kampfe kommt oder durch Verständigung der Friede herbeigeführt wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Differenzen zwischen den Solinger Metallarbeiterorganisationen sind noch nicht beigelegt. In den letzten Tagen fanden in Solingen Verhandlungen unter Leitung des Parteivorstandes und der Generalkommission über Abschluß eines Kartellvertrages zwischen dem Solinger Industriearbeiterverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband statt. Nach dreitägiger Beratung sind die Einigungsbemühungen resultatlos verlaufen.

Vertagung der Massenaussperrung in Dänemark. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Verbandes der dänischen Gewerkschaften sowie der Schuharbeiter und den Vertretern der dänischen Arbeitgebervereinigung sowie den Schuhwarenfabrikanten führten in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag zu einem Uebereinkommen für die Schuhwarenindustrie, und inzwischen war es auch in den Spezialausschüssen für die meisten der in anderen Berufen vorhandenen Konflikte gelungen, Einigungsvorschläge zustande zu bringen, so daß die Gründe für die auf den 15. März anberaumte Massenaussperrung hinfällig schienen. Nun hat jedoch die am Donnerstag abgehaltene Generalversammlung der Schuharbeiter Kopenhagens das von ihren Vertretern sowie vom Verband der Gewerkschaften empfohlene Uebereinkommen mit 587 gegen 338 Stimmen abgelehnt, und zwar in geheimer Abstimmung. Danach dauert also der Kampf in der Schuhindustrie fort und die Arbeitgebervereinigung hält infolgedessen auch an ihrem Massenaussperrungsbeschluß fest, hat sich jedoch bereit gefunden, diese Gewaltmaßregel bis zum 22. März zu vertagen. Der dänische Schuharbeiterverband hat auf den 19. März einen außerordentlichen Verbandstag einberufen, um seinerseits zu dem Uebereinkommen für die Schuhindustrie Kopenhagens Stellung zu nehmen.

Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumgenossenschaft als Preisregulator. In dem Zentrumsorgan „Tremonia" in Dortmund lesen wir folgendes:

Lünen, 3. März. Fleischpreise. Hier ist das Fleisch plötzlich billiger geworden, das seit Jahren von den hiesigen Metzgern, die einen sogenannten Ring gebildet hatten, in einer kaum erschwinglichen Preishöhe gehalten worden ist. So ließen sie sich z. B. das Pfund Rindfleisch bis zu 80 Pfg. bezahlen und auch die übrigen Fleisch- und Wurstwaren standen so hoch im Preise, daß manche Hausfrau die Ausgabe dafür scheuen mußte. Dem hier seit kurzem bestehenden Konsumverein „Eintracht" ist es sehr zu danken, daß er die Fleischpreise herabgemindert hat, dadurch, daß er einen Metzgermeister aus Dortmund gewann, hier ein Metzgereigeschäft und im südlichen Stadtteile außerdem eine Filiale errichtete, dieser Metzger verkauft das Fleisch zu bedeutend billigeren Preisen, z. B. das Pfund Rindfleisch zu 55 Pfg. Er hat einen großen Kundenzulauf. Als die einheimischen Metzger diese scharfe Konkurrenz fühlbar empfanden, haben sie durch öffentliche Bekanntmachung die Fleischpreise ebenfalls herabgesetzt, sogar das Rindfleisch auf 50 Pfg.

Dieses Vorkommnis ist ein weiterer und recht sinnenfälliger Beweis dafür, wie der Konsumverein als Preisregulator wirkt. Die Konsumenten müssen aber bedenken, daß, wenn auch bei Errichtung einer Käufervereinigung der Privathandel mit den Preisen heruntergeht (was er in den meisten Fällen vorher als „unmöglich" erklärte), um die Kunden weiter zu behalten, doch der Konsumverein immer erst Voraussetzung für die Preisregulierung ist. In ihrem eigenen Interesse müssen die Käufer trotz Preisnachlaß der Händler dem Konsumverein beitreten und diesen kräftigen, denn nur solange die Konsumgenossenschaft sie dazu zwingt, werden die Händler mit ihren Preisen tiefer bleiben. Sie werden gleich wieder in die Höhe schnellen, wenn etwa die Konsumenten kurzsichtigerweise nach erfolgtem Preisnachlaß die Händler wieder aufsuchen und den Konsumverein im Stiche lassen würden. W. H.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 16. März. Schwurgericht. Vorsitzender: Landgerichtsrat Gockel, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Wilhelmi. Der Tischler Wilhelm Kohlmeyer zu Holzhausen bei Oeynhausen war am 24. Juni 1908 vor dem Schöffengericht zu Oeynhausen angeklagt, der Möbelfabrik von Karl Schmidt u. Sohn zu Oeynhausen, bei der er früher in Arbeit gestanden hat, aus dem Lager der genannten Fabrik Messingverglasungen zu einem Schranke gestohlen zu haben. Diese Sache hat zweimal das Schöffengericht zu Oeynhausen und am 6. und 21. Oktober 1908 die hiesige Strafkammer als Berufungsinstanz beschäftigt. Der Angeklagte trat immer mit der Behauptung hervor, er habe die Messingverglasungen in Bielefeld gekauft und benannte für diese seine Behauptungen den Arbeiter Wilh. Blase zu Vennebeck, den er auf der Heimfahrt von Bielefeld nach Vennebeck auf dem Bahnhof Vennebeck getroffen haben will und dem er auch erzählt habe, in dem Pakete, welches er bei sich trage, seien Fensterverglasungen, die er von Bielefeld geholt habe. Blase ist dann auch wiederholt in diesem Prozesse als Zeuge aufgetreten und hat in diesem Sinne den Eid geleistet. Diese von Blase beschworenen Aussagen sollen nun falsch sein, und der Angeklagte Kollmeyer wird heute beschuldigt, den Blase zu den von ihm begangenen strafbaren Handlungen durch Geschenke vorsätzlich bestimmt und auch noch den Versuch gemacht zu haben, den Zimmermann Karl Kleemeyer in der Untersuchungssache wider ihn ebenfalls zum Meineide zu verleiten. In dem letzten Termine hat Blase eingestanden, einen Meineid geschworen zu haben und von Kohlmeyer zu dem Meineide verleitet worden zu sein. Die Folge davon war, daß Kohlmeyer damals sofort in Untersuchungshaft genommen wurde und sich heute mit Blase vor dem Schwurgericht zu verantworten hat. Die Geschworenen hielten beide für überführt. Der Gerichtshof verurteilte den Blase wegen Meineid unter Zubilligung des strafmildernden Umstandes nach § 157 des Strafgesetzbuches zu 6 Monaten Gefängnis und den Kohlmeyer wegen Meineid zu 2 Jahren Zuchthaus und wegen Verleitung zum Meineide zu 1 Jahr Zuchthaus. Ferner wurde Kohlmeyer zu 5 Jahren Ehrverlust und dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

* * *

Zwölf Jahre Zuchthaus. Innsbruck, 16. März. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Artisten Grolinund, der bei einem Einbruch in Schüttorf einen Wächter ermordete, zu zwölf Jahren Zuchthaus.

Militärisches.

In den Wahnsinn getrieben wurde der Musketier Gafanzer vom 43. Infanterie-Regiment durch fortwährende Quälereien und Mißhandlungen des Vizefeldwebels Warnatz. Während der Herr Vizefeldwebel mit 14 Tagen Freiheitsstrafe davonkam, wurde sein Opfer sofort nach der Verhandlung in die Irrenanstalt gebracht, aus der er als vollständig verblödet entlassen wurde.

Auf Beschwerde des Vaters wurde dem Unglücklichen eine jährliche Rente von 540 Mk. bewilligt. — Das Volk kann zahlen, und der Herr Vizefeldwebel wird — da nicht auf Degradation erkannt worden war — die Söhne des Volkes weiter „erziehen".

Vermischtes.

Adalbert Matkowski ist gestern abend nach langem, schweren Siechtum seinem Leiden im 51. Lebensjahre erlegen. Matkowski ist am Bielefelder Stadttheater des öfteren als Gast aufgetreten, unter anderem in Grillparzers Ahnfrau und in Kean.

Verkehrsstörungen durch Schneestürme. Breslau 16. März. In der vergangenen Nacht brach gegen 3½ Uhr in Breslau ein Schneetreiben los, das sich gegen 5 Uhr zu einem Schneesturm verstärkte, der bis in die Mittagsstunden anhielt und ausgedehnte Verkehrsstockungen bewirkte. Die Straßenbahn konnte den Betrieb nur verspätet beginnen und dann nur mit Stockungen fortsetzen.

Eisenbahnunfälle. Zürich, 16. März. Der Schnellzug Schur—Zürich fuhr heute vormittag 10 Uhr 15 Minuten bei der Station Au auf ein Nebengeleis und stieß auf mehrere Güterzüge. Zwei Ausladen wurden getötet, ein Arbeiter und ein Knabe schwer verletzt.

Zürich, 16. März. Bei Waedenswil am Zürichsee entgleiste heute der Wien—Pariser Expreßzug. Man zählt 3 oder 4 Tote und mehrere Verwundete. Von Zürich ging ein Hilfszug ab.

Selbstmord. Zabrze, 16. März. Eine Kaufmannsfrau namens Debta beging heute Selbstmord, indem sie aus dem dritten Stock auf den gepflasterten Hof hinabsprang, wo sie mit zerschmettertem Schädel tot liegen blieb. Man nimmt an, daß sie die Tat in einem Zustand geistiger Umnachtung ausgeführt hat.

K.-K. **Intelligenz der Rabenkrähe.** Ein schweizer Mitglied der über die ganze Welt verbreiteten Gesellschaft der Naturfreunde „Kosmos" teilt in deren in Stuttgart erscheinendem Organ folgende hübsche Beobachtung mit: „Hier im Kanton Bern ist die Rabenkrähe ziemlich häufig, und ich konnte in diesem Herbste beobachten, wie diese Vögel die Früchte der zahlreich vorhandenen Nußbäume teils vom Boden auflasen, teils direkt von den Zweigen abpflücken. Mit ihrer Beute flogen sie dann über den in der Nähe der Station Ferenbalm—Gurbrü befindlichen, ziemlich tiefen Einschnitt der Eisenbahn und ließen hier im Fluge die Nüsse fallen. Durch das Aufschlagen auf den steinharten Bahnkörper wurden diese gespalten und dann von den sogleich herbeieilenden Krähen mit ihren kräftigen Schnäbeln vollends geöffnet, worauf der Kern verzehrt wurde. War ein Kern faul, so nahmen die Vögel dies sofort wahr, und die betreffende, nur leicht gespaltene Nuß wurde nicht weiter bearbeitet. Das Treiben der Krähen war ein so reges, daß der ganze Bahnkörper in dem fraglichen Einschnitt mit Nußschalen förmlich übersät erschien."

Letzte Nachrichten.

Die katholische Kirche als Feind der Wissenschaft. Die Exkommunikation des Professors Dr. Schnitzer wegen seines kürzlich in den „Münch. N. N." erschienenen Artikels „Modernismus und katholische Kirche" ist alsbald zu erwarten.

Die politische Situation auf dem Balkan.

Sowohl in Wien, als auch in Belgrad wird vom Krieg gesprochen, als ob er unvermeidlich wäre. Nun haben wir schon mehrmals solche Kriege in jenem einstigen Wetterwinkel gehabt, die, ohne irgend welches europäisches Gewitter zu verursachen, an Ort und Stelle sich abgespielt haben; das waren der bulgarisch-serbische und der türkisch-griechische Krieg. Ausgeschlossen ist ja nicht, daß jetzt ein österreichisch-serbischer Krieg entbrennt mit ähnlichem Verlauf wie jene; Rußland wird keinesfalls eingreifen, dazu sind ihm die Hände viel zu fest gebunden durch die Japaner einerseits und die Revolution andererseits. Aber gerade deswegen glauben wir auch nicht an einen Krieg der Serben gegen Oesterreich. Rußlands Renommee bei seinen Stammverwandten auf dem Balkan würde einen nicht wieder gut zu machenden Stoß erleiden, wenn es der Niederlage Serbiens durch Oesterreich ruhig zuzusehen verurteilt wäre; deswegen wird es alles tun, um den Krieg nicht ausbrechen zu lassen. Deswegen sind wir der Ansicht, daß das ganze großmäulige Kriegsgeschrei der Serben nur Theaterkulisse ist. Was wirklich dahinter steckt, geht aus folgender Nachricht hervor:

Belgrad, 16. März. Kriegsminister Zivkowitsch hat gestern den Generalstab der fünf serbischen Divisionen telegraphisch zum Kriegsrat nach Belgrad berufen. Die Beratungen wurden auch heute fortgesetzt und dabei der endgiltige Kriegsplan festgestellt. — Minister Milanowitsch erklärte in der Skupschtina: Die Lage Serbiens gebe zu Besorgnissen keineswegs Anlaß. Der russische Gesandte habe ihm erklärt, daß Rußland mit der Note Serbiens einverstanden sei, Rußland werde Serbien vor weiteren Demütigungen durch Oesterreich-Ungarn schützen.

Serbien verläßt sich also auf Rußland und nur auf dieses. Was es aber mit Rußlands Hilfe auf sich hat, lehrt folgende Nachricht:

Petersburg, 16. März. England und Frankreich verständigten die russische Regierung, daß wegen der serbischen Frage ein Krieg mit Oesterreich nicht entbrennen dürfe.

Es wird also auch nicht zum Kriege Oesterreichs mit Serbien kommen.

* * *

Wien, 17. März. Am nächsten Samstag wird Graf Forgach die Antwort der österreich-ungarischen Regierung in Belgrad überreichen. Vorher, wahrscheinlich schon heute, erfolgt die Intervention der Viererentente in Belgrad. Man ist hier darauf gefaßt, daß die serbische Antwort wieder zweideutig ausfällt, und hat in dieser Beziehung Vorsorge getroffen, um die unhaltbare Situation zu beenden. Schon aus diesem Grunde ist die Lage ernst.

Petersburg, 17. März. Der russischen Regierung ging die Nachricht zu, daß der Schah gestern dem stellvertretenden russischen Geschäftsträger mitgeteilt habe, er sei bereit, dem Drängen Englands und Rußlands nachzugeben und in Persien wieder eine Konstitution einzuführen. Die Proklamierung dieser Verfassung soll am 20. März erfolgen.

Friedrichshafen, 16. März. Die längst geplante Landung des Reichluftschiffes „Z. I" ist heute vormittag bei außerordentlich günstiger Witterung glücklich erfolgt. Nach 8 Uhr morgens war das Luftschiff in Manzell aufgestiegen und um ½9 Uhr schwebte es über dem Gelände der Luftschiffbaugesellschaft, das es in mäßiger Höhe umkreiste. Nach einer kurzen Schwenkung gegen den See zu fuhr der Ballon nach einer Viertelstunde wieder dem Gelände zu und senkte sich allmählich auf die Erde herab. Die ausgeworfenen Seile wurden von den Mannschaften der Berliner Luftschifferabteilung erfaßt und der „Z. I" langsam und vorsichtig auf den Boden herabgezogen. Die Landung erfolgte unter dem Kommando des Grafen Zeppelin vollständig glatt und sicher, abgesehen von einer kleinen Beschädigung des linken hinteren Höhensteuers, das beim Niederfahren die Aeste eines Baumes gestreift hatte. Der Schaden wurde sofort wieder ausgebessert. Dann erhob sich das Luftschiff um 10 Uhr wieder und landete gegen ½11 Uhr vor der Ballonhalle.



Der Zeiger der Zeit

steht auf Teuerung. Von den Lebensmitteln wird

Naturbutter

1554

von Jahr zu Jahr teurer. Das ist der Hausfrau eine Mahnung, hierfür die vollwertigen Ersatzmittel

Rheinperle und Solo in Carton

— feinste Margarine — zu verwenden. Sie sind zum Kochen, Braten, Backen wie auch zum Rohessen gleich der feinsten Naturbutter verwendbar. Hausfrauen, machen Sie einen Versuch!

Alleinige Fabrikanten: Holländ. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhld.)



Schlager-Programm! 1573

Biotophon-Theater, Niedernstrasse 14.

Sensationell. Schlager.

Eine Jagd nach Millionen.

Uebersicht der Szenen:

Eine Goldgräberhütte in den Bergen. Ein Betrüger bietet Geld für die Hand der Tochter. Das Kind des Goldgräbers findet seinen Freund verwundet. Der Vater findet eine Goldmine. Der Vater vor Freude in Ohnmacht. Sie gehen um ihre Ansprüche auf die neu entdeckte Mine aufzusetzen. Der Betrüger will ihnen zuvorkommen. Minuten können jetzt Millionen bedeuten. Wettrennen um die Mine behördlich verzeichnen zu lassen. Der Betrüger erreicht die Eisenbahnstation. Der Zugführer bestochen. Der Zug fährt zu früh ab. Der Fremde kommt in seinem Auto an. Er belohnt die Treue. Sie sausen hinter dem Zuge her. Das Wettrennen zwischen Eisenbahn und Auto. Ein liebevoller Abschied. Der Betrüger und der Fremde suchen einander. Der Schuß des Fremden tötet den Betrüger. Der Freund hat nun mehr noch als Millionen gewonnen.

Kunstfilm. Schlager. Sensationell. Neuheit.

„Lauriott."

Dieses Drama, von James Mary, dem weltberühmten Meister des Genre-Schauspiels, wird geradezu glänzend gespielt von Monsieur Varennes vom Rejane-Theater in Paris. Madame Parat vom Athénäum und von Madame Amée Fessandier, die in der Rolle der Gattin Lauriotts Hochinteressantes Bild. von unübertrefflicher Tragik ist. Hochinteressantes Bild.

Wunderbare Aufnahme.

Neuheit! **Auf Korsika.** Neuheit!

Eine herrliche Naturaufnahme. Napoleons Heimat.

Neu! **Der hartbedrängte Gläubiger.** Schlager!

Ein Bild, auf welches besonders hingewiesen wird.

Der Opiumdieb.

Jemand stiehlt sich ein Stück Opium und raucht dasselbe. Er kommt in den Opiumrausch, wo er die wundervollsten Träume hat. Er sieht die schönsten Frauen, die ihm seine Phantasie vorgaukeln kann. Doch alle sind für ihn unerreichbar. Alles mögliche erlebt er außerdem noch. Der Film ist großartig koloriert und in Bezug auf seine Handlung vorzüglich aufgebaut.

Frl. Francillo Kauffmann, Kgl. Hofopernsäng.-Berlin in der Entkleidungsszene aus „Fra Diavolo"

Neu! **Um die Ehre** Neu!

Ein Drama mit äußerst spannender Handlung.

Neu! **Peters Zigaretten** Neu!

(Humoristischer Schlager.)

Neu! **Zahnschmerzen** Neu!

(Humoristischer Schlager.)

Außerdem unsere bestbekannten Extra-Einlagen.

„Ozonit"



Modernstes Waschmittel

Deutsches Reichspatent

ist ein ganz neuartiges und eigentümliches Waschmittel von überraschender Wirkung, dabei garantiert frei von Chlor und allen sonstigen schädlichen Bestandteilen.

Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) G. m. b. H. in Düsseldorf.

Soeben erschien:

Simplicissimus Nr. 50.

Buchhandlung „Volkswacht".

Wilh. Busch-Album.

1. Die fromme Helene.
2. Abenteuer eines Junggesellen.
3. Fipps, der Affe.
4. Herr und Frau Knopp.
5. Julchen.
6. Die Haarbeutel.
7. Bilder zur Jobiade.
8. Der Geburtstag oder Die Partikularisten.
9. Dideldum.
10. Plisch und Plum.
11. Balduin Bählamm.
12. Maler Klecksel.
13. Pater Filucius.

Preis: Nrn. 1—3 à 1.80 Mk., Nrn. 4—13 à 1.25 Mk.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht".

Zur Konfirmation

empfehle:

Vorhemden, Serviteure, Kragen,- Manschetten, Taschentücher, Schlipse, Handschuhe, Hosenträger und Knöpfe.

Grosse Auswahl! Gute Qualitäten!

Billigste Preise!

Zentral-Bazar Pradel

Jahnplatz 2. 1559

Notizbücher

in allen Größen — gutes Papier — zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht".

Trauer-Hüte



in größter Auswahl zu billigsten Preisen

F. Kleinemeyer Bielefeld Gehrenberg 9

Nur solange Vorrat! für 27 Pfg. pro Pfund

Ia. Schweine-Klein-Fleisch

Köpfe und fleischige Pfoten, amtlich untersucht, von Landschweinen. Eimer 30 u. 50 Pfd. Postpaket M. 3.-. Alles ab Kiel, Nachnahme. **C. J. Michelsen, Kiel** 136 (Holstein)

Rechnungs-Formulare

liefert in sauberer Ausführung prompt und billig

Buchdruckerei „Volkswacht".

Nachruf.

Am Sonntag morgen starb nach kurzem Leiden unser langjähriger Genosse

Friedrich Linnenbrügger

im Alter von 39 Jahren. 1570

— Wir werden sein Andenken in Ehren halten. —

Sozialdemokratischer Verein Bielefeld-Wiedenbrück Ortsgruppe Sieker.

NB. Linnenbrügger war Mitglied der Sterbekasse.

Konfirmation

betreffend:



Nicht nur meine Kunden, sondern alle Familien, in welchen jetzt ein Sohn eingesegnet wird, mache ich darauf aufmerksam, dass meine **Konfirmanden-Anzüge** unübertroffen sind an Eleganz, Sitz und Solidität. 1553

Meine Preise sind unerreicht billig!

Man beachte die Auslage.

Ernst Spanier,

Bielefelds erstes Spezial-Geschäft für Herren- und Knaben-Moden.

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Schulbücher,
Schreibhefte für alle Schulen bei Thieme, Siegfriedstr. 46. [879*

Konfirmationsgeschenke
in Uhren, Ketten, Schmucksachen kaufen Sie bei mir stets am besten und billigsten. A. Heuer, Uhrmacher, Niederwall 12. [1302*

Schultornister
für Knaben und Mädchen, bis Ostern 10% Rabatt. W. Ellerbrock, Papierhandlung, Brackwede, Bielefelderstraße Nr. 21. 1474*

Kochherde
in großer Auswahl empfiehlt zu billigen Preisen H. Gäsing & Co., Heinrichstraße 7. 1534*

Empfehle
meine Bettfedern-Reinigungsmaschine zum Umfüllen und Reinigen der Betten. M. Schöneberg, Brackwede. [6787

Wecker,
Taschenuhren, Uhrketten, Zimmeruhren besichtigen Sie ohne Kaufzwang und überzeugen sich, daß Sie nur bei mir reell und am billigsten kaufen. Adolf Heuer, Uhrmachermeister, Niederwall 12. [1303*

Herde,
Oefen und Haushaltungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt C. Brakemeier Rohrteichstraße 72, gegenüber der Schule. 570

Angelschellfisch,
feinster Nordsee, Pfund 25 Pfg., empfiehlt Oppermann, Bürgerweg Nr. 61. 1565*

Blutapfelsinen,
feinste, Dutzend 40 Pfg., empfiehlt Oppermann, Bürgerweg 61. [1566*

Saiten
für Geige, Zither, Mandoline sowie Zubehörteile kaufen Sie am besten bei A. Heuer, Uhrmacher, Niederwall 12. [1301*

Genossen [1557*
des 16., 17., 18. Bezirks werden höflichst ersucht, bei Rasieren, Haarschneiden usw. den Friseur Ehlentrupperweg 8 unterstützen zu wollen.

Preis-Skat [1556*
Sonnabend 9 Uhr in der Eisenhütte.

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. 949

Apfelsinen
12 Stück 25 Pfg. Hille. [1409*

Eier
Pfd. 60 Pfg. Hille. 1410*

Wohnung 1568*
2—3 Räume, 1. April zu vermieten. Jöllenbeckerstraße 128 p. r.

Wohnung, 1564*
4 abgeschlossene Zimmer mit Balkon, für 200 Mark per 1. April mietfrei. Heeperstraße 192.

Kost
und Logis für anständige junge Handwerker offen. Wo sagt die Expedition. 1552*

Kost 1569*
und Logis erhalten junge Leute. Schildesche, Goethestraße 33.

Merten Better

sind unübertroffe

an Güte, Haltbarkeit und Preiswürdigke

Viele Tausend

im Gebrauch

Täglich Nachbestellung

Trinkt Aha's Excels

Herford.

Wegen Räumung m Ladens, Lübberstrasse verkaufe ich

Kochherde und Oe

zu bedeutend hera setzten Preisen

August Schra Lübberstrass

Waschmaschinen der verschiedensten Systeme. Kesselöfen und kupferne Kessel Gaskocher Eisschränke Geldschränke.

Mertens
Betten
sind
unübertroffen
an
Güte,
Haltbarkeit
und
Preiswürdigkeit.

Viele Tausende
im
Gebrauch.

Täglich
1574
Nachbestellungen.

Trinkt
Aha's Excelsior!
1113

Herford.
Wegen Räumung meines Ladens,
Lübberstrasse 13,
verkaufe ich 1555
Kochherde und Oefen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
August Schrader,
Lübberstrasse.

Während der Dividenden-Auszahlung

Von Mittwoch, den 17. bis Sonnabend, den 27. März

gibt das Schuhwarenhaus **„Moro“** den Mitgliedern des Consum-Vereins einen

Rabatt von 20 Prozent.

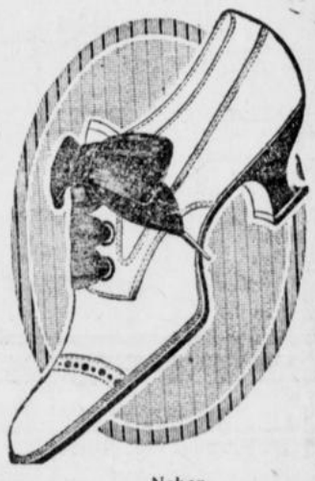
Wer also viel Geld sparen will, kaufe seine Schuhwaren während dieser Zeit nur im



1551
Neben
Gebr. Kaufmann.

Schuhwarenhaus „Moro“

15 Niedernstr. 15.



Neben
Gebr. Kaufmann.

Phönix-Nähmaschinen
liefert **billigst** ohne Zwischenhändler seit 14 Jahren zu leichten Zahlungsbedingungen
Aug. Hagemeier
Niederwall. 1021
Grosses Lager
vorzüglicher **Fahrräder, Strickmaschinen, Wasch- u. Wringmaschinen.**
Reparatur-Werkstatt.

Oerlinghausen.
Grundstücks-Verkauf.
Ein mitten im Orte herrlich gelegenes Kolonat, bestehend aus einem schön eingerichteten neuen Wohnhause mit ca. ½ Scheffelsaat Gartenland angrenzend, u. 3 weiteren Parzellen f. 3 Bauplätze und ebensoviel angrenzendes Gartenland, sowie 1 Scheffelsaat Ackerland sofort billig zu verkaufen. Reflektanten wollen sich unter W. 100 an die Exped. dieses Blattes wenden. 1515

Avis-
Einladungs-
Eintritts-
Fest-
Geschäfts-
Gratulations-
Kondolenz-
Menu-
Speise-
Verlobungs-
Visiten-
Wein-
Karten
liefert in sauberster Ausführung schnell und billig
Buchdruckerei „Volkswacht“,
Bielefeld, Schulstrasse 20.



Für 50 Hansabons erh. Sie eine Dose ff. Kakes gr. u. frc. v. u. Verl.

Stadttheater.
Heute, abends 7½ Uhr:
Erhöhte Preise. Erhöhte Preise.
Außerordentliches Gastspiel des Kgl. Hofschauspielers **Aug. Junkermann**
— Nur einmalige Aufführung. —
Möller Voss
oder: **Die Franzosen in Deutschland** (Ut de Franzosentid).
Donnerstag, den 18. März 1909, abends 7½ Uhr:
— Zum letzten Male! —
Die rote Robe.
Sonnabend: Gastspiel Junkermann
— Nur einmalige Aufführung. —
„Dörchläuchting“.

Hochzeits-Einladungen
liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Waschmaschinen
der verschiedensten Systeme.
Kesselöfen und kupferne Kessel
Gaskocher
Eisschränke
Geldschränke

Gelegenheits-Kauf!



Erwarb einen grossen Posten **Kochherde,** erstklassiges Fabrikat,
unter Preis und gebe solche
zu **Spott-Preisen** ab.

Adolf Heine

Spezial-Geschäft für Kochherde u. Oefen
Ritterstrasse 57.

1567

Eine Extra-Dividende ist unser heutiges Schuh-Angebot.

Braune Kinderstiefel
echt Ziegenleder.
Grösse 20/22 **2.45**
„ 23/24 **2.95**
„ 25/26 **3.65**

Braune Kinderstiefel
echt Chevreaux, mit und ohne Lackkappe.
Grösse 27/30 **5.25**
„ 31/35 **5.75**

Schwarze Kinderstiefel
echt Boxkalf.
Grösse 23/24 **3.35**
„ 25/26 **3.85**

Schwarze Knaben- und Mädchenstiefel
kräftiges Boxleder.
Grösse 37/30 **4.75**
„ 31/35 **5.25**

1561

Elegante Damenstiefel
Chromleder, mit und ohne Lackkappe **5.90**

Weit unter Preis! Weit unter Preis!
Ein Posten
elegante Damenstiefel
in 5 verschiedenen Ausführungen wegen geringer Fabrikationsfehler
schwarz jedes Paar **7.75** braun jedes Paar **8.75**
Reeller Verkaufswert **10.50** bis **12.50**

Hochfeine Damenstiefel
Molierschnitt
ganz neue Formen in braun und schwarz
10.50 **12.50**

Solide Herrenstiefel
kräftiges Wichsleder **5.50**
ganz besonders billig

Gute Herrenstiefel
Boxleder, ohne Aussennaht, **6.75**
weit unter Preis

Elegante Herrenstiefel
Rosschevreaux, mit und ohne Lackkappe **8.50**
10.50

Braune Herrenstiefel
echt Chevreaux, Gelegenheitskauf **10.50**

Konfirmanden-Stiefel
in enormer Auswahl zu allerbilligsten Preisen.

Hesse & Co., Bielefeld,
Rathausstrasse 1.

Von der Reise zurück.
Dr. Goebel, [1560
prakt. Arzt und Nervenarzt,
Bielefeld, Herforderstr. 21a.

[1112
Möbel
auf
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12a.

DIXIN
im Gebrauch billigstes **Waschmittel,** erleichtert die Arbeit und giebt blendend weisse Wäsche. Paket 25 Pfg.
Lesen Sie in Ihrem Interesse die nächste Anzeige.

Ich
eröffne mit dem heutigen Tage **Schildescherstrasse 47a, Ecke Sudbrackstrasse,** unter dem Namen
Bielefelder Fleischhalle
Zweiggeschäft
und empfehle **sämtliche Fleisch- und Wurstwaren** in bekannter Güte zu **billigsten Preisen.**
Ich bitte alle meine Freunde und Gönner, mein neues Unternehmen unterstützen zu wollen. [1563
Hochachtungsvoll
Wilhelm Frankenberg.

Achtung! Herford!
Allen Wirten zur gefälligen Nachricht, daß in meinem Lokale ein
Poppers Welt-Piano „Regent"
von der Firma **Popper & Co., Leipzig,** aufgestellt ist. Kunstspiel-Piano ist das **neueste elektro-pneumatische Piano,** auf welchem das vierhändige künstlerische Klavierspiel und zwar die einfachsten wie die schwierigsten Kompositionen in wahrhaft virtuoser Weise zum Vortrag gebracht werden. [1531
Achtungsvoll
Hermann Oberschelp
Jägerhof. Fernsprecher 130.
NB. Ich bemerke, daß Werke dieser Art durch mich direkt ab Fabrik zu beziehen sind zu den kulantesten und weitgehendsten Zahlungs-Bedingungen. **D. O.**



Phonographen von 4.50 an
Sonstige Apparate, Walzen, Platten, sowie alle Musik-Instr. in grösster Auswahl.
Fr. Werpel, Herford
Spezialgeschäft [1265
für Musik-Instrumente.

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten der **„Volkswacht".**

Junger Mann
sucht per 1. April oder später Stellung als Geschäftsführer oder Lagerhalter.
Gefl. Off. erb. an **A. Schubert, Neubeckum.** 1558

Paletots, Anzüge
auf [1111
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12a.

Neu! Bahnhofstrasse 19 (im Langendorf'schen Lokal)
gelangen von heute ab
sämtliche Knaben-Waschanzüge, Blusen u. Hosen
zu folgenden Preisen zum Verkauf:
1572

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
zum Ausfuchen	zum Ausfuchen	zum Ausfuchen	zum Ausfuchen
Jedes Teil **45 ₰**	Jedes Teil **1.25**	Jedes Teil **1.95**	Jedes Teil **2.75**

Verkauf nur Bahnhofstrasse 19 (im Langendorf'schen Lokal).

Der Flachsmarkt ist im Frühjahr und Sommer des abgelaufenen Jahres abgeflaut und die Preise sind zurückgegangen. Wir haben diese Zeit benutzt, um unsern Bedarf bis nahe zum Jahresschluß 1909 zu decken. Es sind namentlich die niedrigeren Flachssorten ganz außerordentlich wohlfeil geworden, weshalb wir von ihnen für unsere Wolfenbütteler Spinnerei, die nur Flächse dieser Arten verarbeitet, den ganzen Jahresbedarf und noch darüber gekauft haben. Aber auch für Bielefeld haben wir davon große Vorräte eingelagert, was uns sehr zugute kommt, weil dieses Material gerade zu den augenblicklich am meisten gefragten und am lohnendsten gezahlten Garnen verarbeitet wird.

Der Garnmarkt scheint sich langsam, allerdings sehr langsam, erholen zu wollen, und die Preise einzelner, namentlich gröberer Garnsorten zeigen eine leichte Neigung zum Steigen. Von großem Vorteil ist uns im laufenden Jahre, daß wir unsern bedeutenden Bedarf an Flächsen geringerer Qualität im vergangenen Jahre vorgekauft haben, als ihre Preise außergewöhnlich tief standen. — Ein Betriebsergebnis ähnlich denen der beiden letzten Jahre läßt sich bei der gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage natürlich nicht voraussehen, immerhin rechnen wir aber doch auf kein ganz ungünstiges.

Der Bruttoüberschuß auf Warenkonto und Ummelner Bleichereikonto beträgt einschließlich Vortrag und Mieten nach Ueberweisung von 180 000 Mk. (179 000 Mk.) an das Abschreibungskonto 3 463 646,49 Mk. (3 652 526,92 Mk.). Der zur Verfügung stehende Gewinn in Höhe von 715 702,66 Mk. (916 327,62 Mark) soll nach dem Vorschlag der Verwaltung wie folgt verteilt werden: 13½ Proz. (16⅔ Proz.) Dividende = 560 000 Mk. (700 000 Mk.), 84 000 Mk. (126 000 Mk.) Ueberweisung an den Spezialreservefonds, 20 000 Mk. (65 000 Mk.) an den Unterstützungsfonds, 25 000 Mk. (0) an den Beamten-Pensionsfonds und 26 702,66 Mk. (25 327,62 Mk. Vortrag auf neue Rechnung.

In der Bilanz figurieren u. a.: Immobilien mit 188 004,62 Mark (200 604,62 Mk.), Gebäude mit 864 113,65 Mk. (864 113,65 Mark), Bleichanlage in Bielefeld mit 128 651,45 Mk. (94 000 Mark), Arbeiterwohnungen in Bielefeld mit 486 996,09 Mk. (403 456,64 Mk.), Gesamtanlage in Ummeln mit 554 182,10 Mk. (545 754,22 Mk.), Gesamtanlage in Wolfenbüttel mit 1 196 636,93 Mark (1 144 553,31 Mk.). Weiter werden ausgewiesen Kassenbestand mit 21 223,41 Mk. (15 810,19 Mk.), Wechselbestand mit 114 927,66 Mk. (82 340,96 Mk.), Warenvorräte mit 4 379 891,06 Mark (4 149 736,67 Mk.) und Debitoren mit 1 835 619,79 Mk. (2 070 307,36 Mk.). Diesem stehen auf Passivseite bei einem Aktienkapital von 4 200 000 Mk. Kreditoren mit 2 312 648,84 Mk. (2 221 975,83 Mk.) und das Sparkassenkonto der Arbeiter mit 890 290,14 Mk. (826 276,24 Mk.) gegenüber. Das Abschreibungskonto beläuft sich auf 1 890 000 Mk. (1 710 000 Mk.), die Reserven auf 1 008 000 Mk. (82 000 Mk.). Die eingeklammerten Ziffern sind die des Vorjahres.

kr. — **Gewerkschaftskartell Bielefeld.** Die in der letzten Kartellsitzung erfolgte Wahl des Gewerkschaftsausschusses ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Ausschusses. Es sind demnach alle Angelegenheiten, soweit sie nicht die Kasse betreffen, dem Kollegen Joseph Köllner, Marktstr. 8, zur Kenntnis zu bringen. Die Kassengeschäfte des Kartells besorgt wie bisher Kollege Ludwig Beckmann, Oststr. 28. Die Wahl der Bibliothekkommission ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Nur an Stelle des Kollegen Borghardt, welcher eine Wiederwahl ablehnte, wurde der Kollege Renz gewählt. Ein Antrag, daß, wenn sich die Mehrzahl der dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Gewerkschaften dafür erklärt, der Beitrag vom 1. April ab für 1 Jahr auf 10 Pfg. pro Quartal für die männlichen Mitglieder erhöht wird, fand einstimmige Annahme. Ferner wurde beschlossen, ein kurzes Flugblatt herauszugeben, worin die ideellen Forderungen der Maifeier besprochen werden. Die Gewerkschaftsvorstände müssen die Anzahl der nötigen Flugblätter bis Ende März dem Vorsitzenden des Ausschusses mitteilen. Der Antrag, Erhebungen über die Zahl der gewerblich tätigen weiblichen Angehörigen und ihre Organisationszugehörigkeit zu veranstalten, wurde dem Ausschuß zur Berücksichtigung überwiesen.

kr. — **Metallarbeiterverband Bielefeld.** In der außerordentlichen Generalversammlung, die am Montag stattfand, wurde zunächst eine Ersatzwahl zur Ortsverwaltung vorgenommen, welche die Wahl des Kollegen Rixe ergab.

Einem Antrage des Gewerkschafts-Kartells, vom 1. April ab auf 1 Jahr den Beitrag pro Mitglied und Quartal auf 10 Pfg. zu erhöhen, stimmte die Versammlung nach erfolgter Begründung durch den Kollegen Köllner einstimmig zu.

Als Kandidaten zur Generalversammlung in Hamburg wurden die Kollegen Severing, Köllner, Wemhöner, Hobein, Kassing und Fischer aufgestellt.

Hierauf sprach Reichstagsabgeordneter Ph. Scheidemann über „Die auswärtige Politik und die Gewerkschaften". Redner führte ungefähr aus: Die Gewerkschaften hätten das größte Interesse daran, sich um die Politik zu bekümmern. Nicht als Organisation sollen sie Politik treiben, sondern die Mitglieder müssen sich mehr als bisher um unsere politischen Zustände bekümmern. Selbst die christlichen Gewerkschaftsblätter sind gezwungen, zu bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen Stellung zu nehmen und ihre Mitglieder darüber aufzuklären.

An der Frage des Koalitionsrechts, des Schutzes der Frauen und Kinder, der Lebensmittelpreise, Steuern, Ein- und Ausfuhr von Produkten, den Zöllen, des Militärwesens und der Kriege sind die Gewerkschaften erheblich interessiert.

Eine richtige Politik kommt auch den Gewerkschaftsmitgliedern zugute und erleichtert den Gewerkschaften ihre Aufgabe, den Mitgliedern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Gegenwärtig leidet die Arbeiterschaft, speziell die der Metallindustrie, unter der Krise. Auf 100 offene Stellen in der Metallindustrie kamen im Januar 408 Arbeitsangebote. Schlimmer sieht es noch aus, wenn die verschiedenen Branchen in Betracht gezogen werden. Es kamen da bei den Schmieden auf 958 offene Stellen 3563 Arbeitsangebote, bei den Drehern auf 100 offene Stellen 395 Arbeitsangebote, bei den Maschinenschlossern auf 1449 offene Stellen 6803 Arbeitsangebote, bei den Bauschlossern auf 914 offene Stellen 5607 Arbeitsangebote. Das sind grauenhafte Zahlen!

Die wirtschaftlichen Krisen lassen sich, solange kapitalistisch produziert wird, nicht beseitigen, und beschränken sich auch nicht auf ein bestimmtes Land. Eine Eigentümlichkeit Deutschlands ist es jedoch, daß die Krisen verschärft werden durch eine unsinnige Politik der Preissteigerung der Lebensmittel. Trotzdem sich in dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts der Agrarstaat Deutschland in einen Industriestaat umgewandelt hat und nach der letzten Berufszählung zwei Drittel Angehörige des Handels und der Industrie nur ein Drittel Angehörigen der Landwirtschaft gegenüber stehen, wird unsere ganze Politik von agrarischen Interessen geleitet. Die Organisation des Bundes der Landwirte hat es verstanden, mehr als die Hälfte der Reichstagsmitglieder für ihre Interessen zu gewinnen. Im preußischen Landtage herrscht das Agrariertum unbeschränkt und beeinflußt die ganze Politik Deutschlands im agrarischen Sinne.

Eine derartige Politik liegt jedoch nicht im Interesse der Mehrheit des deutschen Volkes. Wir sind, weil Deutschland nicht so viel agrarische Produkte erzeugt, als sie zur Ernährung des Volkes notwendig hat, auf den Import, andererseits aber ist unsere Industrie auf den Export angewiesen. Die Gesamteinfuhr an Produkten betrug 1907 8740 Millionen Mark, die Gesamtausfuhr 6850 Millionen Mark.

Das Bestreben einer vernünftigen Politik müßte sein, die denkbar besten Beziehungen zu dem Auslande zu unterhalten, durch abzuschließende Verträge günstige Bedingungen für Handel und Industrie zu schaffen. Redner erläutert an Hand der Ein- und Ausfuhrziffern für Dänemark, Frankreich und England, daß unsere Politik gegenwärtig nicht von diesen Grundsätzen geleitet wird. Obwohl wir alle Ursache haben müßten, uns mit diesen Ländern, weil dieselben zu den besten Kunden für Deutschlands Produkte gehören, sehr gut zu stellen, sei durch das Betreiben bestimmter Interessenklassen das Gegenteil der Fall. Am drastischsten komme dies bei der Marokkoaffäre zum Ausdruck. Marokko bezieht von uns jährlich für 1 Million Waren, wir haben also so gut wie gar kein Interesse an den dortigen Vorgängen. Durch eine unsinnige Politik des Hineinmischens haben wir es fertig gebracht, uns die gute Kundschaft Frankreichs zu verscherzen. Aehnlich verhält es sich mit unserem Verhältnis zu England. Auch da ist durch unsere Politik sehr viel gesündigt worden, und die hierdurch geschaffene Isolierung Deutschlands trägt nicht dazu bei, die Industrie, und damit die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft zu heben.

Auch an den gegenwärtigen Zuständen in den Balkanstaaten trägt die Leitung unserer Politik sehr viel Schuld.

Um nun andere Zustände herbeizuführen, ist es notwendig, die Arbeiterschaft mehr als bisher für unsere auswärtige Politik zu interessieren und die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu stärken. Die so geschaffenen Machtfaktoren werden dann dafür sorgen, daß wir sowohl im Innern als auch nach außen hin friedliche und erträgliche Zustände haben.

Von einer Diskussion über die vorzüglichen, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen nahm die Versammlung Abstand. Es erfolgte darauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

— **Das Märzheft des „Kosmos"** ist erschienen und kann in der Expedition unseres Blattes abgeholt werden.

— **Polizeibericht.** Festgenommen wurden 4 Personen wegen Trunkenheit und groben Unfugs, 1 Person wegen steckbrieflicher Verfolgung und 2 Personen wegen Diebstahls, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs. 24 Obdachlose erhielten Unterkunft im hiesigen Polizeigefängnis.

Gefunden: 1 Brosche, 1 Armband, 1 Lupe, 1 Paar Pantoffeln.

Zugelaufen: 1 Bernhardinerhund.

Verloren: 1 Paket, enthaltend 1 Damenhut, 1 Damenhandtasche, 1 gold. Armband mit Medaillon, 1 schwarzer Damengürtel.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute spielt Herr Hofschauspieler August Junkermann den „Möller Voß". Morgen geht das spannende Schauspiel „Die rote Robe" zum letzten Male in Szene. Am Sonnabend findet eine einmalige Aufführung von „Dörchläuchting" mit Herrn Junkermann in der Titelrolle statt.

Versammlungen.

Bielefeld. Soz. Verein. **11. und 12. Bezirk.** Der Vortragsabend mußte am Montag umständehalber ausfallen, er findet nunmehr bestimmt am Freitag abend 8½ Uhr bei Tuxhorn statt. Thema: „Klassenjustiz im Klassenstaate."

* **Rehme,** 16. März. Unsere diesjährige Märzfeier findet am Donnerstag, abends 8½ Uhr, im Lokale Röbke statt. Der Arbeitergesangverein wird an dieser Feier mitwirken.

* **Stadthagen,** 16. März. Arbeitslosigkeit. Wie in anderen Gegenden, so herrscht auch hier in Stadthagen große Arbeitslosigkeit. Da viele Familien Hunger leiden — sind doch verschiedene Familienväter schon 9 bis 10 Wochen außer Arbeit —, sollte man wenigstens glauben, daß die wenige Arbeit, die zu verrichten ist, von den Arbeitslosen gemacht würde. Aber weit gefehlt. Die Ziege eibesitzerin Witwe W. Möller hierselbst kann das Elend ruhig mit ansehen, daß verschiedene Familien darben. Statt arbeitsuchende Familienväter einzustellen, beschäftigt sie Gefangene. Die Witwe sollte durch die öffentliche Meinung gezwungen werden, zur jetzigen Zeit keine Gefangene beschäftigen zu dürfen.

* **Paderborn,** 16. März. Eine stark besuchte öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung, einberufen vom Kartell der christlichen Gewerkschaften, fand am Sonntag nachmittag hier im „Preußischen Hof" statt. Eingeladen waren alle Buchdrucker und alle Freunde der christlichen Gewerkschaften, die Versammlung tagte also nur unter bedingter Oeffentlichkeit. Ueber „Die Neutralität in der Gewerkschaftsbewegung unter besonderer Berücksichtigung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker" referierte der Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung", Joos. Dieser versuchte in seinem Referat die Neutralität des Buchdruckerverbandes mit den bekannten „ollen Kamellen" anzuzweifeln, der Verband sei deshalb nicht mehr imstande, allen Berufsangehörigen ohne Unterschied der religiösen und politischen Anschauung Unterschlupf zu gewähren. Er empfahl den Beitritt zum Gutenbergbund, der nach dem großen Buchdruckerstreik von 1892 mit Hilfe der Prinzipale und Faktoren gegründet wurde, aber sogar von den Hirsch-Dunckerschen abgewiesen in die Arme der „Christlichen" geflüchtet ist. Gauverwalter Müller-Essen als Korreferent widerlegte die Ausführungen des Referenten gründlich. Die ganze Kampfesweise der Christlichen wurde in das richtige Licht gestellt. Die christlichen Gewerkschaften seien nicht zum Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck gegründet worden, nämlich zur Bekämpfung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Redner wies im weiteren nach, daß sich die Gewerkschaften mit Fragen der Politik beschäftigen müssen. Sie müßten Arbeiterpolitik treiben. Ausnahmegesetze, Zollfragen, das Landtagswahlrecht und nicht zuletzt die ganze Finanzreform unserer Tage seien Fragen, die die Gewerkschaften im höchsten Maße interessieren. Die Stagnation der christlichen und das Fortschreiten der freien Gewerkschaften beweise recht deutlich, daß letztere auf dem rechten Wege seien. In diesem Sinne sprachen noch Redakteur Schoreck-Essen und Mirow-Bielefeld. Der Leiter der Versammlung, Böhle (Gutenbergbündler), fand es verständlich, „wenn ein bezahlter Beamter des Verbandes Propaganda für diesen mache". Sind doch nun einmal „anständig", die Christen.

Hoffentlich haben sie selbst eingesehen, daß sie mit dieser Versammlung ein Fiasko gemacht haben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs**, für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher**, beide in Bielefeld.

Dalli Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Ein Zufall-Kauf!

500 Kostüm-Röcke

welche wir durch Zufall billig erworben haben und nur letzte Neuheiten dieser Saison sind, kommen von heute ab zu folgenden **Sensations-Preisen** zum Verkauf: 1571

Posten 1 **Kostüm-Röcke** fussfrei, aus besten englischen und uni Stoffen jeder Rock **4,50** und **2,75**

Posten 2 **Kostüm-Röcke** aus besten engl. u uni Stoffen, Cheviot und Satintuch jeder Rock **9,75** und **6,75**

Posten 3 **Kostüm-Röcke** aus best Stoffen, darunter auch Miederröcke jeder Rock **16,50** und **12,50**

Posten 4 **Kostüm-Röcke** aus besten schwarzen Stoffen, darunter auch Miederröcke jeder Rock **19,50**

Der Verkauf beginnt heute.

Gelegenheitskauf!
85 Damen-Blusen
aus weissem Wollbatist, Wert bis **10,50** zum Aussuchen jede Bluse **4,95** und **3,75**

Der Verkauf beginnt heute.

Gebrüder Kaufmann

Niedernstrasse 13 BIELEFELD Niedernstrasse 13.

Ganz besondere Gelegenheits-Käufe

bei **Harms & Co.** am Jahnplatz.

Insbesondere

Herren- u. Knaben-Konfektion u. Schuhwaren.

Als ganz besonders vorteilhaft haben wir ausgelegt:

Ca. 150 Stück Herren- und Burschen-Anzüge zum Einheitspreis von **15.00**

Hierunter sind auch feinere und feinste Sachen enthalten!

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Ca. 300 Knaben-Anzüge Grösse 1—4 Stück **3.00**

Ca. 200 Knaben-Anzüge Grösse 5 u. 6 Stück **4.50**

Konfirmanden-Anzüge

Einen grossen Posten zum Aussuchen **6.75**

Feinere Sachen auch in schwarz von **9.00** bis **20.00**

Circa **600 Stück Buxkinhosen**

Serie I **3.00** Serie II **4.50** Serie III **6.00**

Einen grossen Posten **Krawatten** haben wir bereit gelegt

Ser. I **5 ₰** Ser. II **10 ₰** Ser. III **25 ₰** Ser. IV. **45 ₰**

Einen Posten **Vorhemde und Kragen**

Restposten **Kragen 12 ₰** **Vorhemde 35 ₰**

Nur solange Vorrat!

Einen grossen Posten **Herren-Sonntagsstiefel**

in vielen Fassons.

Schnürstiefel zum Aussuchen

Schnallenstiefel

Zugstiefel jedes Paar **7.75**

Einen grossen Posten **Damen-Stiefel**

(in Schnür und Knopf)

jedes Paar **6.75**

ganz feine Sachen **8.50**

Einen Posten braune **Damen-Stiefel**

feinste Qualitäten

Serie I **7.75** Serie II **8.50**

Einen Posten **Herren- und Damen-Stiefel** **8.50**

feinste Rahmenarbeit!

Aussergewöhnliches Angebot! Jedes Paar diese Woche

Grosse Posten **Gardinen** spottbillig! **30—90 ₰**

Feinere **Kleiderstoffe** extra ausgelegt Meter **60 ₰** bis **1.50**

Feinste **Kostüm- und Blusenstoffe** Meter **1.20** bis **2.25**

Grosse Posten **Kleiderkattune und Satins** Mtr. **25, 35, 60 ₰**

Schürzenzeuge der Rest der Brandware Mtr. **15, 20, 40 ₰**

Doppeltbreite **Hemdentuche**

140 150 160 cm br.

70 ₰ 75 ₰ 80 ₰

Der Verkauf beginnt Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Am Jahnplatz **Harms & Co.** Am Jahnplatz.

1562

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 64. Bielefeld, Mittwoch, 17. März 1909. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

225. Sitzung vom Dienstag, 16. März, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Weingesetzes.

§ 1 und 2 werden in der Spezialdiskussion angenommen. Beim § 3 wird der Antrag Müller auf Verlängerung der Zuckerungsfrist abgelehnt, und die §§ 3, 4, 5 und 6 werden angenommen. Die §§ 6a und 6b enthalten die viel umstrittenen Bestimmungen über die Benennung der Verschnittweine. Die Abgg. Roeren und Erzberger (Zentrum) haben zu 6a einen Antrag eingebracht, welcher bestimmt, daß ein Verschnitt aus Erzeugnissen verschiedener Herkunft nur dann nach einem der Teile allein benannt werden darf, wenn dieser in der Gesamtmenge überwiegt.

Abg. Freiherr Heyl zu Herrnsheim (natl.) wendet sich gegen den Antrag, unter dem der reelle deutsche Weinhandel leiden müsse.

Abg. Erzberger (Ztr.): Hier handelt es sich darum, ob das Gesetz zustande kommt oder nicht. In der Fassung der zweiten Lesung scheitert es am Widerspruch des Bundesrats, der diese Fassung mit den Handelsverträgen nicht vereinbaren kann. Dieses Gesetz, welches den Weinbauern große Vorteile bietet, dürfen wir aber nicht scheitern lassen. Deshalb bieten wir durch unseren Antrag einen mittleren Weg. Nehmen Sie ihn an, und streichen Sie im 6b den ersten, für unannehmbar erklärten Satz.

Abg. Dr. Roesicke (Bund der Landw.) erklärt, daß er für den Antrag Erzberger und gegen den ersten Absatz des § 6b stimmen wird.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Herren Roeren und Erzberger haben ihren in der zweiten Lesung abgelehnten Antrag abgeändert und wieder eingebracht. Durch die Abänderung sind allerdings die Hauptbedenken, die ich schon vorbrachte, gefallen. Trotzdem wird auch diese Fassung noch zu Konsequenzen führen, die in der Praxis nicht viel besser sind, als jene, auf die ich hinwies. 51 Liter irgend eines Landweins und 49 Liter wirklicher Rüdesheimer würden jetzt allerdings nicht mehr Rüdesheimer heißen dürfen. Gießt man aber 2 Liter Zuckerwasser hinzu, dann ist's wieder Rüdesheimer. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bitte Sie daher, lehnen Sie den Antrag ab und stimmen Sie der Kommissionsfassung zu, welche bestimmt, daß der artbestimmende Charakter für die Bezeichnung des Weines maßgebend ist. Es ist dies der einzige Weg, um unhaltbaren Widersprüchen aus dem Wege zu gehen, und um ein unreelles Verfahren hintanzuhalten. Wenn man hingegen das unreelle Verfahren sanktioniert, wie es durch den Antrag Erzberger geschehen würde, so wäre das entschieden eine Bevorzugung ausländischer Weine, welche mehr Süßigkeit enthalten und darum beim Verschnitt bevorzugt würden. Nicht nur der deutsche Konsument, sondern sogar der Franzose, wenn er deutschen Wein kauft, will wirklichen Rheinwein und nicht sein eigenes Landesprodukt unter dem Namen eines deutschen Weines haben. Kommt das Ausland erst dahinter, daß in dem deutschen Wein soviel französischer Weir steckt, so wird unser ganzer Weinbau diskreditiert, die Weinbauer und die Arbeiter im Weinbau geschädigt.

Die Regierung sollte, anstatt hier ein „Unannehmbar" zu sprechen, Verhandlungen mit Frankreich, Italien, Spanien und Portugal in die Wege leiten.

Im übrigen ist die Frage nicht so wichtig für uns, als daß wir daran das ganze Gesetz scheitern lassen würden. Wenn die Regierung es darauf ankommen läßt, so ziehen wir unseren Widerspruch zurück. (Beifall bei den Soz.)

Geheimer Regierungsrat Freiherr v. Stein: Gesetzliche Bestimmungen darf man nicht unter dem Gesichtspunkte idealer Vollkommenheit beurteilen, sondern man soll danach fragen, ob sie einen Fortschritt bedeuten oder nicht.

Abg. Vogt-Hall (W. Vg.) erklärt sich, gestützt auf Zuschriften zahlreicher württembergischer Weinbauern, unbedingt für die Kommissionsfassung.

Abg. Erzberger (Ztr.) polemisiert gegen Dr. David. Der Antrag bedeute den besten Schutz des deutschen Weinbaues.

Abg. Dove (Fr. Vg.) erklärt, daß seine Freunde im Sinne der Regierung stimmen werden.

Abg. Stauffer (W. Vg.) gibt seitens seiner Fraktion im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Vogt die Erklärung ab, daß er das Gesetz nicht scheitern lassen werde.

In der Abstimmung wird der erste Satz des § 6b (Deklarationszwang für Verschnitt mit ausländischem Weißwein) gestrichen, dagegen der zweite Abschnitt (Deklarationszwang für ausländischen Rotwein) mit großer Majorität angenommen. Der § 6a wird in der Fassung des Antrages Erzberger angenommen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Freisinnige und die große Mehrheit der Nationalliberalen. Die übrigen Paragraphen werden angenommen und in der Schlußabstimmung das Gesetz fast einstimmig gleichfalls angenommen.

In dritter Lesung wird alsdann die Novelle zur Vermeidung der Doppelbesteuerung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Etats des Militärgerichts.

Berichterstatter Abg. Erzberger (Ztr.) empfiehlt die von der Kommission vorgenommenen Abstriche.

Abg. v. Elern (kons.) begründet einen Blockantrag, die Abstriche zu beseitigen.

Präsident des Reichsmilitärgerichts General Linde bittet dringend um Annahme des Antrags Elern.

Nachdem der Berichterstatter nochmals für den Kommissionsbeschluß gesprochen, wird der Antrag v. Elern mit Blockmehrheit angenommen. Der Rest des Etats wird nach unwesentlicher Debatte gemäß Kommissionsbeschlüssen bewilligt.

Es folgt der Militäretat, beginnend mit dem Titel „Kriegsminister".

Abg Häusler (Ztr.): Obwohl die öffentliche Meinung einhellig Sparsamkeit beim Militäretat fordert, sind unsere darauf hinzielenden Anträge in der Kommission abgelehnt worden. (Hört, hört! im Ztr. und bei den Soz.) Wir verzichten darauf, die Anträge im Plenum zu wiederholen, lehnen aber unsererseits alle Verantwortung ab. (Lebhafte Zustimmung im Ztr.) Erschwert wurden unsere Bestrebungen auf erhöhte Sparsamkeit durch die außerordentlich unübersichtliche Aufstellung des Etats. Diese macht es auch dem Reichstag unmöglich, den Etat mit der Genauigkeit zu prüfen, auf die das Volk Anspruch hat. (Sehr wahr! im Ztr. und bei den Soz.) Der militärische Bureaukratismus macht die Militärbeamten geistig unselbständig. Das kann in einem etwaigen Kriege sehr verhängnisvoll werden. (Sehr wahr! im Ztr.) Man sollte endlich mit der Bevorzugung der adligen Offiziere brechen. (Sehr wahr! im Ztr. und links.) Vor allem aber sollte man die sogenannte geheime Qualifikation beseitigen. Auch eine Reform des ehrengerichtlichen Verfahrens ist dringend notwendig. Die Kasinos sind jetzt häufig zu Luxusräumen geworden. Ein Hang zum Wohlleben macht sich geltend. Liebesmähler und Geschenke an abreisende Vorgesetzte nehmen die Mittel über Gebühr in Anspruch. (Sehr richtig! im Ztr.)

Redner spricht für die zweijährige Dienstzeit und für Ersparnisse bei Ausbildung der Kavallerie. Das Pferd hat seine Rolle ausgespielt, seitdem das Schießpulver erfunden ist. (Große Heiterkeit.) — Disziplin muß sein, aber sie wird nicht durch Parademärsche, Präsentierübungen usw. erreicht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Liebert (Rp.): Wir leben in sehr ernsten Zeiten. Der Krieg kann jeden Tag losbrechen. Wir müssen deshalb schlagfertig sein. Auf die Fragen über das Offizierskorps, die der Vorredner aufgeworfen hat, gehe ich nicht ein. Diese Fragen gehen nur die Kommandogewalt an. (Lebhaftes Oho! bei den Soz. und im Ztr.) Auch das Urteil des Vorredners über den Parademarsch kann ich nicht gut heißen.

Sparen könnte man bei den sogenannten stillen Festungen, die im Kriegsfall nicht in Betracht kommen und keinen eigenen Kommandanten brauchen. Dem Kriegsminister spreche ich meinen Dank aus, daß er die vielen Abstriche, welche die Kommission gemacht hat, so ruhig und gefaßt erträgt, und auch diesem einigermaßen geschändeten Etat gegenüber seinen Humor behält. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Graf Oriola (natl.): Gegenüber der Rede des Abg. Häusler, die den Anschein erwecken kann, als stünde es schlimm um unser. Armee muß ich namens meiner Freunde aussprechen, daß wir auf unsere Armee stolz sind. Gerade in diesen ernsten Zeiten bauen wir auf ihre Tüchtigkeit, welche die Sicherheit des Vaterlandes verbürgt. (Beifall bei den Natl.) Das Ausland soll wissen, welch ein Rüstzeug wir in unserer Armee haben. Die Rede des Abg. Häusler hat mich nicht überzeugt. (Zuruf: Das glauben wir!) Ich habe sie zwar nur zum Teil gehört. (Aha! Heiterkeit.) Aber dieser Teil gefiel mir nicht. Ich glaube, die Militärverwaltung versteht mehr als Herr Häusler. Die zweijährige Dienstzeit würde mehr kosten als die dreijährige und wir müßten neue Steuern bewilligen. Die Rede des Herrn Häusler entsprach dem Ideal des Herrn Bebel. (Widerspruch im Ztr.)

Sparen ließe sich allerdings durch Vereinfachung in der Bauverwaltung, durch Einschränkung der Reisen, Reform der Tagegelder usw. In der Kommission ist auch auf die Möglichkeit hingewiesen, 3 Millionen durch Absetzung von 8000 Musikern zu sparen. Die Regierung möge erwägen, wie weit das möglich ist. Man darf aber nicht zu weit gehen und nicht vergessen, daß unsere Militärmusik auch zur Förderung des musikalischen Sinnes der Bevölkerung beiträgt. (Heiterkeit.) Wenn die Musik über die Linden zieht, dann macht mancher den bösen Paradeschritt mit, über den sich Herr Häusler so abfällig äußert. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Bayerischer General v. Gebsattel: Auf die Frage des Herrn Vorredners, ob die bayerische Heeresverwaltung die Ansichten des Herrn Häusler teile, — es kann sich nur um die Ansichten über die zweijährige Dienstzeit handeln — antworte ich ein für allemal und für alle Zukunft (Lachen im Ztr.) mit einem glatten Nein!

Das Haus vertagt sich. Persönlich bemerkt

Abg. Häusler (Ztr.), daß er sich nicht auf Aeußerungen des Abg. Bebel, sondern auf Aeußerungen von Gneisenau und Scharnhorst berufen habe.

Abg. Graf Oriola: Herr Bebel hat sich auch auf Scharnhorst und Gneisenau berufen. Deshalb sind seine Ansichten doch falsch.

Abg. Häusler: Für mich stehen die Ansichten von Gneisenau und Scharnhorst höher als die des Grafen Oriola. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Weiterberatung.)

Schluß: 6¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung, Dienstag. 16. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats der Bauverwaltung.

Beim Einnahmetitel „Verkehrsabgaben 9 900 000 Mk." findet eine allgemeine Besprechung über die Schiffahrtsabgaben statt.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Die kleinen Staaten sollten dem Entwurf, den Preußen beim Bundesrat zur Regelung der Schiffahrtsabgaben eingereicht hat, keinen Widerstand entgegensetzen. Besonders sollte Hessen bedenken, welche Opfer Preußen durch die Eisenbahngemeinschaft bringt. Auch Sachsen sollte bedenken, daß es sich den großen und allgemeinen Interessen Deutschlands fügen muß. (Bravo! rechts.)

Abg. Tourneau (Ztr.) rühmt die Verdienste des Zentrums um die Einführung der preußischen Schiffahrtsabgaben.

Abg. Hirsch-Essen (natl.): Die Verbesserung der Stromläufe ist eine Kulturaufgabe, welche, ganz abgesehen von der Erhebung von Schiffahrtsabgaben, erfüllt werden muß. Solchen Abgaben stand bisher auch die Reichsverfassung entgegen, welches Bedenken durch den Entwurf beseitigt werden soll. Wir halten aber an dem prinzipiellen Standpunkt fest, daß unsere Wasserstraßen von solchen Abgaben frei bleiben müssen.

Minister v. Breitenbach: Das Vorgehen der preußischen Regierung vollzieht sich in Betätigung wichtiger wirtschaftlicher und nationaler Zwecke, und mit Ruhe kann sie daher dem Verlaufe der Beratungen entgegensehen.

Abg. Dahlem (Ztr.) spricht die Hoffnung aus, daß auch Hessen und Baden ihren Widerspruch gegen die Erhebung der Schiffahrtsabgaben fallen lassen werden, wünscht jedoch Abgabenfreiheit für die Lahn.

Ein Regierungskommissar bemerkt, daß auch der Lahn so erhebliche Vorteile durch Korrektion ihres Laufs zugedacht seien, daß auch dort die Erhebung von Abgaben gerechtfertigt sei.

Abg. Dahlem (Ztr.): Die Abgaben sind ursprünglich nur

Erste.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

6 (Nachdruck verboten.)

„Er ist in der Tat ein Wunder," beteuerte Butler, „kann aber gegen einen berufsmäßigen Klopffechter, wie Tornado Tom, nicht aufkommen. Wenn ich an seiner Stelle wäre, würde ich die Farm vorher verlassen, doch davon will „Gentleman Jack" nichts wissen. Er hat es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, seine Kraft und Geschicklichkeit an der von Tornado Tom zu messen und was er sich in den Kopf setzt, das führt er auch aus. Immerhin wird Tornado Tom seit langer Zeit keinen so gefährlichen Gegner gehabt haben, wie ihn, und er wird manchen Hieb hinnehmen müssen, ehe es ihm gelingt, „Gentleman Jack" kampfunfähig zu machen."

Als sie am Sonnabend um zwölf Uhr mittags, wie am letzten Tage der Woche üblich, vom Felde heimkehrten, empfing sie die Nachricht von dem Eintreffen Tornado Toms, der im Farmhause auf das Kommen „Gentleman Jacks" wartete. Bald fuhr dessen Wagen ein, von dem er sofort herabsprang, um an die Pferdetränke zu eilen und dort, wie er es immer zu tun pflegte, seinen Oberkörper zu waschen. Er blickte, damit fertig geworden, auf und sah zu seiner Ueberraschung ein Mädchen zu Pferd hinter sich, welches das durstige Tier rücksichtsvoll von der Tränke ferngehalten hatte, während er sich darin erfrischte.

Winston trocknete das Wasser in den Augen und richtete diese voll auf die Reiterin. Einen Augenblick lang vergaß er, daß er nur ein Mann aus dem Volke, ein Erntearbeiter war, der sich um einen Tagelohn von einem Dollar und fünfundzwanzig Cents abplagte, und fühlte sich wiederum als Winston Howard, der Sohn des vielfachen Chicagoer Millionärs. Es war kein dreister zudringlicher Blick, den er auf sie richtete, und nur die ehrliche und aufrichtige Bewunderung leuchtete aus ihm, die ein jeder Mann der Schönheit, wo immer er ihr begegnet, entgegenbringt.

Es war eine schlanke, anmutige Gestalt mit blondem Lockenhaar, dessen Farbe ihn unwillkürlich an die des goldenen Weizenozeans erinnerte. Die Sonne hatte ein gesundes Braun auf ihren Wangen hervorgezaubert. Als sie seinem bewundernden Blicke begegnete, stieg ihr das Blut in den Kopf, und verwirrt senkte sie die langen Augenlider. Die zierliche braune Hand, die die Zügel hielt, gab dem Pferd das Zeichen, seinen Trunk zu beendigen.

„Das ist ja ein Prachtrenner, den Sie da haben," redete er sie an, von keinem anderen Wunsch als den geleitet, sie einmal sprechen zu hören und den Klang ihrer Stimme zu vernehmen. Seine Worte und die Art, wie sie gesprochen wurden, überraschten sie und sie fuhr unwillkürlich zusammen.

„Ja," entgegnete sie, sichtlich bestrebt, eine gewisse Zurückhaltung in ihre Antwort zu legen. „Mein Vater ist auch sehr stolz auf ihn." Ihre Stimme enttäuschte Winston nicht. Sie erinnerte ihn an das melodische Plätschern eines Baches und reizte ihn an, mehr von ihr zu hören.

„Sie sind —" begann er.

Er kam nicht weiter mit seinem Satze, denn in diesem Augenblicke tauchte ein Kopf mit kurzgeschorenem Haar, zu dem ein mächtiger Körper gehörte, unmittelbar vor ihm auf und eine rauhe Stimme unterbrach ihn mit den Worten:

„O, da haben wir endlich den Helden, der seine Hand an Frauen legt. Nicht wahr, du bist „Gentleman Jack", wie sie dich heißen. Und ich bin Thomas Sullivan, auch Tornado Tom genannt, von dem du vielleicht schon einmal gehört hast, he?"

„Ein schöner Name ist das nun gerade nicht, und ich würde mich schämen, ihn zu führen. Well, was willst du von mir, Tornado Tom?"

„Du nimmst ja deinen großen Mund mächtig voll, „Gentleman Jack". Was weißt denn du von mir?"

„O, ich weiß nur," entgegnete Winston kaltblütig, „ich weiß nur, daß die berufsmäßigen Preisfechter dich wegen unehrlicher, schurkischer Praktiken aus der Arena ausgeschlossen haben und daß du dich nirgends mehr öffentlich produzieren darfst. Das ist der Grund, weshalb du dich der Generalverwaltung dieser Farmen als Oberbüttel verdungen hast, der mit Fäusten die unzufriedenen Arbeiter in Räson halten soll. Es wird mir großes Vergnügen bereiten, dir die Tracht Prügel zu verabreichen, die du schon so lange reichlich verdient hast, sobald diese Dame sich entfernt hat."

„Nehmen Sie keine Rücksicht auf mich, bitte," sprach die Amazone. „Der Mann da hat vor zwei Monaten meinen Vater beleidigt und sich dann brutal an ihm vergriffen .... Lassen Sie mich zuschauen, wie Sie ihn züchtigen."

Der Klopffechter blickte auf. „O, Sie sind das —" höhnte er. „Die naseweise Tochter des einfältigen alten Herrn, dem ich kürzlich mit dieser Faust einen Denkzettel erteilte. Bitte, bestellen Sie nur einen recht schönen Gruß an Ihren lieben Herrn Papa und teilen Sie ihm von mir mit, daß ich ihm bei der nächsten Gelegenheit das Fell windelweich vergerben werde, Sie —"

Winston blickte sich im Kreise um. Von allen Seiten eilten die Erntearbeiter herbei und nahmen um die Streitenden Aufstellung. Der Augenblick war jetzt gekommen, den ersten Schlag zu führen. Eine frische fröhliche Attacke ist immer die beste Verteidigung.

„Du meinst also, Sullivan," wandte er sich an diesen, daß du mich verhauen wirst?"

„Was ich meine?" gab Sullivan zurück, „wirst du schneller ausfinden als dir lieb ist. Ich werde dich verhauen, daß dir die rote Tinte aus Maul und Nase spritzt."

„Und ich," entgegnete Winston gleichmütig, „werde dir eine doppelte Züchtigung verabfolgen, einmal, weil du mich, das andere Mal, weil du die junge Dame hier beleidigt hast. Nimm dies einstweilen als Abschlagszahlung." Bei diesen Worten versetzte er ihm mit der linken Faust einen Hieb, der den Preisfechter zu Boden fällte.

Ohne ein Wort der Erwiderung sprang dieser auf, zog sich Rock, Weste, Kragen, wie Oberhemd aus, und fertigte sich aus seinen Hosenträgern einen Gürtel, den er sich um den Leib schlang. Dann trat er Winston mit einem bösem Blick in seinen Augen gegenüber.

Die Boxerei, die jetzt folgte, hätte sich in irgend einem Preisring abspielen können. Beide Kämpfer gaben und empfingen tüchtige Hiebe in dem ersten Gange, der damit endete, daß Tornado Tom seinen Gegner zu Fall brachte. Dieser sprang aber schnell wieder auf und änderte seine Taktik. Er beschloß, den dicken fetten Sullivan zu ermüden und beschränkte sich daher auf die Defensive, wobei er die Angriffe des Faustkämpfers mit erstaunlicher Gewandtheit parierte. Bald merkte er, daß der Atem Tornado Toms nur noch in kurzen Zügen kam und ergriff seinerseits die Offensive. Erbarmungslos fielen seine Fäuste auf den fleischigen Körper des Klopffechters, der schließlich zu Boden stürzte und wie regungslos liegen blieb. Grimmig beugte sich Winston über ihn.

„Die Tracht Prügel kannst du auf mein Konto schreiben, jetzt aber steh' auf und nimm die zweite entgegen, die auf das Konto dieser jungen Dame gehört."

„Schonen Sie ihn, bitte, bitte," ertönte flehend eine Stimme hinter ihm. Er wandte sich um und fand sich der Dame gegenüber, die beschwörend ihre Hände zu ihm erhob. „Aufgepaßt!" schrie sie fast in demselben Augenblick. Die Warnung kam zu spät. Tornado Tom, der mittlerweile aufgesprungen war, führte von hinten einen verräterischen Schlag nach dem Kopfe Winstons, traf aber nicht, wie er beabsichtigt hatte, die Stelle am Ohr, sondern den Nacken. Der feige Ueberfall empörte Winston und in seinem Zorn ging er über das ursprünglich von ihm beabsichtigte Maß der Züchtigung hinaus.

Seine Augen glühten und in seine Wangen trat ein brennendes Rot. Mit berechnender Grausamkeit richtete er seine Hiebe jetzt auf die fleischigen Stellen des Körpers seines Gegners, wo diese ihn am empfindlichsten trafen, und versetzte ihm schließlich noch nach einer wohlgelungenen Finte einen wuchtigen Hammerschlag mitten auf die Stirn. Ohne einer Laut von sich zu geben, stürzte Tornado Tom bewußtlos der Länge nach zu Boden.

Erst jetzt sah sich Winston wieder nach dem Mädchen um. Es war vom Pferde gefallen und von den Zuschauern aufgenommen worden. Totenblässe lag auf seinem Gesicht und sein Körper rührte sich nicht.

„Sie ist in Ohnmacht gefallen," sagte Butler, der sie aufgenommen hatte.

„Drängt nicht so dicht heran," wies Winston die Umstehenden zurück. „Gebt ihr Luft und bringt ein wenig Wasser her — dann wird sie schnell wieder zu sich kommen!" Er spritzte einige Tropfen Wasser in ihr Gesicht und beugte sich teilnehmend über sie. „Ein verteufelt hübsches Mädchen, Butler," sprach er zu

für Schiffe von mindestens 300 Tonnen in Aussicht genommen. Auf der Lahn verkehren abe. nur kleinere Schiffe.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Baupolizeigebühren 702 000 Mk." klagt

Abg. Schwabach (natl.) über die Tätigkeit der Baupolizei auf dem Lande, die nicht immer den Interessen des Publikums entspreche.

Abg. Maurer (natl.) klagt über die Höhe der Baupolizeigebühren in Saarbrücken.

Ein Regierungskommissar: Die erwähnten Beschwerden sind noch nicht zur Zentralinstanz gelangt.

Abg. Dr. Schepp (Fr. Vp.): Die in den Vororten von Berlin im Jahre 1907 eingeführten Bauordnungen sind heute schon viel zu eng. Das zeigt sich in Karlshorst, Friedrichshagen und Niederschönhausen, wo die Hausbesitzer durch die rigorosen Bestimmungen der Bauordnung in eine sehr schlechte Lage geraten sind.

Minister v. Breitenbach: Die neue Bauordnung ist erst vor zwei Jahren erlassen und hat nach dem Urteil der ersten Sachverständigen im allgemeinen so günstig gewirkt, daß die Staatsregierung zurzeit nicht eine Revision in Aussicht stellen kann.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) bittet den Minister, auf seinem Standpunkt zu beharren, da es nicht angängig sei, die rechtlichen Bestimmungen nach wechselnden örtlichen Verhältnissen zu gestalten.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Es folgen die dauernden Ausgaben, Titel „Ministergehalt 66 000 Mk."

Abg. v. Zedlitz (freikons.): Die Erweiterungsbauten für den Kaiser-Wilhelm-Kanal sind bereits in Angriff genommen, bevor das Planfeststellungsverfahren beendigt war, so daß die Anlieger benachteiligt sind. Doch ist zuzugeben, daß die Regierung im vorliegenden Fall im Interesse der Landesverteidigung nicht gut anders verfahren konnte.

Unterstaatssekretär v. Coels van der Brügghen: Das Planfeststellungsverfahren soll nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Abg. Dr. Röchling (natl.) wünscht möglichste Beschleunigung der Kanalisierung der Mosel und Saar, die mit dem Rhein-Weser-Kanal zugleich fertig werden soll.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Herr Röchling, Undank ist der Welt Lohn. (Heiterkeit.) Daß wir und der Eisenbahnminister nicht einsehen wollen, wie wertvoll es ist, daß Sie schon 25 Jahre für die Kanalisierung der Mosel und Saar eintreten, ist geradezu unglaublich. (Große Heiterkeit.) — Vom Schleppmonopol wird vielfach der Ruin der kleinen Schiffer befürchtet, aber mit Unrecht, die kleinen Schiffer fahren beim staatlichen Schleppmonopol entschieden besser, als bei einem Monopol, das sich in den Händen von großen Privatgesellschaften befindet. (Zustimmung rechts.)

Abg. Glattfelter (Ztr.): Wie der Vorredner, so meinen auch wir, daß der Staat die Aufgabe hat, dem Monopol der großen Privatgesellschaften entgegenzuwirken. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Hirsch-Essen (natl.) wendet sich gegen das staatliche Schleppmonopol auf den westlichen Wasserstraßen; auf dem Dortmund-Ems-Kanal habe sich die private Schleppschiffahrt sehr gut bewährt. Des weiteren wendet sich der Redner gegen die Kanalisierung der Mosel und Saar, durch welche die gesamten Produktions- und Absatzverhältnisse durcheinandergeworfen werden würden.

Minister v. Breitenbach: In der Frage der Kanalisierung der Mosel und Saar sind die Wünsche des niederrheinischen Gebiets und des Gebiets von Lothringen-Luxemburg einander entgegengesetzt. Die Regierung muß die Frage daher sehr sorgsam prüfen, zumal das Unternehmen einen Aufwand von 102 Millionen erfordert. — Bei dem in der Kanalvorlage vorgesehenen Schleppmonopol soll zunächst Dampfbetrieb eingerichtet werden, der später in elektrischen umgewandelt werden kann.

Abg. Schreiner (Ztr.) bemerkt, daß auch die landwirtschaftlichen Anlieger die Kanalisierung der Mosel und Saar wünschen.

Abg. vom Rath (natl.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Kanalisierung der Lahn, die auch durch die Hochwasserschäden im Lahngebiet in jüngster Zeit bewiesen sei.

Abg. v. Arnim-Züsedom (kons.): Das Schleppmonopol und die Schiffahrtsabgaben waren die Voraussetzungen für unsere Zustimmung zu den wasserwirtschaftlichen Vorlagen, und daran halten wir unverbrüchlich fest. (Bravo! rechts.) Die Kanalisierung der Mosel, Saar und der Lahn würde enorme Ausfälle in den Einnahmen der Eisenbahnen herbeiführen, und deshalb werden wir diesen Kanalisierungen kaum zustimmen können.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) bekennt sich als Freund des staatlichen Schleppmonopols und bittet um den Ausbau von Stichkanälen nach Hildesheim und Peine, die erst den natürlichen Abschluß des Kanals vom Rhein nach Hannover bilden.

Abg. Tourneau (Ztr.) fragt, wie weit die Kanalisierung der Lahn gediehen sei.

Minister v. Breitenbach erklärt diese Frage für noch nicht spruchreif.

Abg. Kindler (Fr. Vp.) bittet um die Regulierung der Warthe bei Posen.

Minister v. Breitenbach: Zur Ausführung dieses Projektes, für welches der Staat zwei Millionen Mark geben will, fehlen noch 370 000 Mk., welche wir aus Interessentenkreisen aufzubringen suchen müssen.

Abg. Dr. Röchling (natl.) bittet nochmals, die Kanalisierung der Saar und Mosel zu beschleunigen und wirft der zur Untersuchung der Frage eingesetzten Kommission vor, daß sie die Angelegenheit verzögert.

Minister v. Breitenbach weist diesen Vorwurf als ungerechtfertigt zurück.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß ½6 Uhr.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Die nationale Politik des Kohlensyndikats.** Die heftigsten Angriffe, die gegen das Kohlensyndikat wegen seiner Auslandsverkäufe zu Schleuderpreisen erhoben worden sind, wurden durch belanglose Syndikatserklärungen zu entkräften versucht. Nie haben die Syndikatsherren gegenüber den zahlenmäßigen Feststellungen auch nur den leisen Versuch einer sachlichen Verteidigung unternommen. Versteckt ließen sie andeuten, daß die gemachten Angaben über Auslandspreise nicht richtig wären, und versicherten, daß ihre Auslandsabschlüsse die Kritik nicht zu scheuen hätten. Dabei blieb es auch, als bekannt wurde, daß das Syndikat Kohlen mit 6,60 Mk. nach Nordfrankreich verkaufe, während die deutsche Industrie für die gleiche Kohle 12,25 Mark zu zahlen habe. Nunmehr macht die „Kölnische Volkszeitung" über neue Verkäufe des Kohlensyndikats nach Frankreich Mitteilungen, die die schlimmsten Vorwürfe gegen die Preispolitik des Syndikats belegen. Das Syndikat verkaufte danach durch Zwischenhand nach dem Kohlengebiet des Departement du Nord melierte Förderkohle (35prozentstückige und 16prozentstückige) ab Zeche zu einem Preise von 5,21 Mark. Der Inlandspreis dagegen beträgt 10,50 Mark. Sollte das Syndikat in gewohnter Art diese Angaben anzweifeln lassen, so wird es sich der Mühe unterziehen müssen, auch die Details über die hier in Frage kommenden Preise, die das erwähnte Blatt gibt, durch Ziffernangaben als unrichtig zu beweisen. Den Abnehmern wird die Kohle zu 15,50 Franken pro Tonne franko verzollt loko Verbrauchsstelle geliefert. Die Zechenfracht bis Duisburg stellt sich auf 1,40 Mk., die Kahnfracht Duisburg bis zur Verbrauchsstelle auf 5,85 Franken, der Zoll auf 1,30 Franken und der Händlernutzen und die Versicherungsgebühr auf 0.15 Mark. Der Handelsminister Delbrück hat im preußischen Landtage die Auslandsverkäufe des Syndikats gegenüber allen Angriffen verteidigt. Es wird nun die Frage an ihn gerichtet werden müssen, ob er die Preispolitik des Kohlensyndikats mit den nationalen Interessen auch noch für vereinbar hält, wenn die letzten Angaben der „Kölnischen Volkszeitung", die bisher unbestritten geblieben sind, auf Wahrheit beruhen. Daß sie wahr sind, kann keinem Zweifel unterliegen, auch die vielen anderen Auslandsverkäufe des Syndikats wurden auf gleicher Basis abgeschlossen. Zugleich sei auf andere Auswüchse der Syndikatswirtschaft hingewiesen. Zum Vertrieb von Syndikatskohle hat das Syndikat die Kohlenhandelsgesellschaften eingerichtet. Diese Unterabteilungen des Syndikats haben lediglich die Aufträge entgegenzunehmen, die dem Syndikat von den großen Abnehmern zugehen. Es wird nun behauptet, daß Verwaltungsmitglieder des Syndikats als Vorsteher von Kohlenhandelsgesellschaften jährlich bis zu 1 Million Mark verdienen, ohne sich auch nur der geringsten Mühe leistung zu unterziehen. Die Handelsgesellschaften beziehen für ihre Vermittlerrolle, die sich in den meisten Fällen darauf beschränkt, die einlaufenden Bestellungen zu buchen, Provisionen in Form von Preisaufschlägen. Die Folge dieser Einrichtungen, die selbst von syndikatsfreundlicher Seite als Pfründen für Verwaltungsmitglieder des Syndikats bezeichnet werden, ist eine weitere Verteuerung für die Kohlenverbraucher. Die heftigen Vorwürfe gegen diese Wirtschaft sollen in jüngster Zeit das Syndikat veranlaßt haben, eine Kommission einzusetzen, die sich mit Mißständen in dem Vertrieb der Syndikatskohle beschäftigen wird. Entschließt sich das Syndikat zur Beseitigung der Kohlenhandelsgesellschaften, so dürfte für die Abnehmer dabei am Ende kaum eine Verbilligung herauskommen, das Syndikat wird die Zwischengewinne seiner Freunde dann für den größeren Syndikatskreis einsacken wollen.

Soziales.

Ländliche Armenpflege. In welch brutal egoistischer und herzloser Weise in den agrarischen Gefilden vorgegangen wird, zeigt folgendes Vorkommnis, das der Gemeindevorstand in Labenz dem „Lauenburger Kreis- und Lokalblatt" mitteilt:

„Auf welche eigenartige Weise sich unsere Nachbargemeinde Sch.(önehr) vor einer etwa eintretenden Armenpflege zu sichern weiß, lehrt folgender Fall: Am Sonntag kehrte dort im Casthause eine Landstreicherin ein, die durch Kartenlegen, das sehr günstig ausgefallen sein muß, sich solch eine Liebe bei den dort anwesenden jungen Leuten erwarb, daß sie reichlich mit Schnaps traktiert wurde. Einige wollen behaupten, daß das Frauenzimmer 15 „Humpen" bekommen hatte. Die Folgen dieses Genusses waren noch am Montagmorgen derart an ihr bemerkbar, daß sie nicht imstande war, sich weiter zu bewegen. Aus Furcht, daß etwas Schlimmes eintreten könne, kam man einfach auf den Gedanken, sich ihrer zu entledigen. Die Landstreicherin wurde kurz entschlossen auf den Schlitten des Gemeindevorstehers gelegt und dann von dessen Sohn über die Grenze, nahe dem Orte Labenz gefahren, wo sie im Schnee abgeworfen wurde. Hier lag sie über 2 Stunden, bis sie völlig erstarrt durch den Gemeindevorsteher in Labenz einer Familie übergeben wurde, die sich ihrer Pflege annahm. Wann sie wieder ihrem Gewerbe nachgehen kann, ist noch nicht vorauszusehen, da ihr beide Füße total verfroren sind."

Die Ordnungsstützen, die in der beschriebenen Art mit einem armen Geschöpf umgegangen sind, gehörten ins Zuchthaus. Bislang befinden sie sich auf freiem Fuß. Und auch, wenn Anklage erhoben werden sollte, ist eine Verurteilung bei der eigenartigen Zusammensetzung der Schwurgerichte besonders in Pommern noch zweifelhaft.

Standesamts-Nachrichten.

Stadt Bielefeld. In der Zeit vom 8. bis 13. März 1909 sind beim hiesigen Standesamt angemeldet:

Geburten. Söhne: Vorarbeiter Hermann Schröder, Bleichstr. 52; Eisendreher Karl Edelmann, Osnabrückerstr. 45; Schneider August Eblebracht, Osnabrückerstr. 18; Straßenbahnschaffner Otto Waßner, Nordstr. 36; Güterbodenarbeiter Ludolf Beermann, Schildescherstr. 30; Schuhmacher Gustav Woischwill, Mellerstr. 47; Korrespondent Alfons Nüßle, Fröbelstr. 4; Geschäftskutscher Fritz Külter, Nordfeld 5; Maurer Georg Schneider, Alleestr. 8a; Tischler Wilhelm Niggebrügge, Wittekindstr. 67; Schriftsetzer Otto Tschuschke, Kronenstr. 8; Geschäftskassierer Joseph Thomas, Schmiedestr. 2; Buchhalter Franz Friedrich, Wittekindstr. 51; Wäschezuschneider August Jürgen ohmann, Langenhagen 55; Installateur August Vogt, Welle 41; Handelslehrer Hermann Rothhardt, Detmolderstr. 124; Stukkateur Ernst Detering, Nordstr. 15; Bildhauer Karl Eggert, Am Fußbach 1; Lokomotivheizer Joseph Waldhelm, Jöllenbeckerstr. 83.

Töchter: Arbeiter Karl Obbelode, Arbeiterheim 6; Kupferschmied Wilh. Schneider, Alleestr. 8a; Schlosser Erich Ahrens, Rohrteichstr. 64; Kaufmann Hermann Kirchberg, Rohrteichstraße 50a; Arbeiter Wilhelm Brinkmann, Osnabrückerstr. 25; Klempner Hermann Schuttrich, Osnabrückerstr. 19; Schneider Karl Düe, Webereistr. 10; Parteisekretär Heinrich Klingenhagen, Dorotheenstr. 24; Arbeiter Wilhelm Kerker, Mellerstr. 62; Gemüsehändler Wilhelm Diekmann, Heimweg 2; Kommissarischer Eisenbahnassistent Louis Bode, Schloßhofstraße 43; Klempner Jurgis Schneider, Detmolderstr. 75; Arbeiter August Küth, Detmolderstr. 75; Fabrikant Ernst Heyer, Hammerschmidtstraße 4; Schlosser Waldemar Claus, Feldstr. 35; Schlosser Wilhelm Wilkening, Feldstr. 39; Buchhalter Paul Kaufmann, Teutoburgerstr. 32; Kaufmann Mathias Rumpel, Ulmenstr. 16; Schlosser Emil Nepohl, Feldstr. 44; Schutzmann Georg Hausmann, Oerlinghauserstr. 18; Schriftsetzer August Brindöpke, Heimweg 17.

Aufgebote. Schneidermeister Julius Kottmann, Mellerstraße 65, und verw. Schneider Nawrot, Auguste geb. Horstkötter, Hohenzollernstr. 27; Arbeiter Adolf Schmidt, Heeperstraße 124, und Emma Kerkhoff, Ubbedissen; Handelsmann Emil Kienscherf, Lützowstr. 1, und Frida Pensky, daselbst; Arbeiter Otto Volkmann, Herm. Deliusstr. 7, und Berta Kramer, daj.; Schneider Albert Oelkers, Oberntorwall 4b, und Erna Rosenhäger, Weststr. 25; Tischler Heinrich Gebring, Rolandstr. 30, und Luise Horstbrink, Wittekindstr. 15; Schlosser Oskar Heidemann, Herforderstr 230, und Luise Heine, Langenhagen 26; Schlosser Hugo Engert, Rolandstr. 8, und Johanne Viehl, Herforderstraße 171; Maler Heinrich Busse, Friedrichstr. 31, und Frida Süldt, Rolandstr. 38; Fensterputzer August Kein, Siekerstraße 1, und Ella Struwe, Welle 28; Landwirt Ernst Wörheide, Theeien 20, und verw. Maurermeister Busse, Friederike geb. Lösung, Heimweg 22; Werkzeugdreher Ernst Kuhlmann, Kleine Howe 8, und verw. Schlosser Höwelmann, Auguste geb. Puls, Sieker; Malermeister Karl Johanning, Gütersloherstr. 70a, und Alwine Helmhold, daselbst.

Eheschließungen. Arbeiter Karl Neumann und Wilhelmine Heitz; Kaufmann Otto Berghaus und Johanne Voß; Schneider Eduard Konrad und Marie Siekmann; Steinbauer Philipp Geiger und Wilhelmine Gang; Schlosser Ernst Bauer und Auguste Bartuschat; Schlosser Friedrich Keßler und Adele Blaschke; Arbeiter Emil Grabow und Anna Meyer; Tischler Hermann Kallmeyer und Emilie Nolte.

Sterbefälle. Lageristin Emma Johanning, 20 Jahre; Spinnereiarbeiterin Helene Führer, 19 J.; Fabrikant Fritz Kobusch, 61 J.; verw. Buchbindermeister Hemeier, Amalie geb. Rosenpflänzer, 81 J.; verw. Werkführer Brinkmann, Amalie geb. Barmann, 75 J.; Stiftspflegling Charlotte Klocke, 72 J.; Agent August Nolte, 78 J.; Marie Brumpreifch, 38 J.; Fritz Rudat, 6 Mon.; Karl Heitmann, 3 J.; Arbeiter Friedrich Sievert, 46 J.; Herbert Beke, 6 Mon.; Ewald Kobusch, 9 Mon.; Arbeiter Eduard Voß, 16 J.; Dora Urbschat, 15 Tage; Ehefrau Rektor Brockmann, Emilie geb. Carol, 48 J.; Bandweber Adolf Wöstenfeld, 63 J.; Invalidenrentenempfänger Heinrich Kipp, 46 Jahre alt.

* * *

Herford Stadt. Beim hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 8. bis 13. März angezeigt:

Geburten: Knaben: Schneider Gottlieb Tiemann, Schuhmachermeister Herm. Gößling, Kutscher Friedrich Schaminsky, Bahnschaffner Heinr. Spilker, Arbeiter Wilh. Großjohann, Monteur Albert Thiemann, Bauunternehmer Heinr. Deppermann, Arbeiter Heinr. Sielmann, Müller Friedr. Simon, Fabrikant Rudolf Alfermann, Weber Wilh. Fleer, Kolon Heinr. Schnitker, ferner ein unehelicher.

Mädchen: Fabrikarb. Heinr. Schmiedeskamp, Fabrikarb. Wilh. Stellbrink, Fabrikarb. Karl Sander, Tischler Heinr. Eilmeyer, Lohnkutscher Aug. Metting, Bahnwärter Herm. Specht, Postschaffner Aug. Steffen, Schlosser Herm. Gläsker, Maschinenputzer Hugo Faulborn, Fabrikarb. Heinr. Olheide, ferner zwei uneheliche.

Aufgebote: Bürgermeister Friedr. Theodor Schwier und Berta Bergmann, Arbeiter Heinr. Heitländer und Elisabeth Rawiel, Eisendreher Wilhelm Meyer und Johanne Schröder, Witwer Stellmacher Herm. Kassing und Ida Mehnert, Fabrikant Gustav Fleesch und Theodore Höpker, Tischler Friedrich Engelbrecht und Johanne Schweppe, Arbeiter Otto Lüder und Berta Lange, Maler Paul Wesselmeyer und Helene Hebrok, Bäcker Bernh. Weisborn und Sophie Sander, Bierkutscher Heinrich Planke und Johanne Lange.

Eheschließungen: Gesch. Geometer Jakob Dengler und Martha Lohmeyer, Kaufmann Karl Maßmann und Emmi Uekermann.

Sterbefälle: Herm. Tiemann, 1 Tag; Königl. Strafanstaltsdirektor a. D. Herm. Werther, 68 Jahre; Zigarrenmacher Friedrich Klemming, 64 Jahre; Ehefrau Hanne Sewing, 33 Jahre; Erich Berg, 11 Taze; Margot Koch, 2 Jahre; gesch. Wilhelmine Steinmann, 64 J.; Invalide August Storkmann, 42 Jahre; Briefträger a. D. Wilhelm Hempelmann, 74 Jahre; Maurer Gottlieb Heitlindemann, 67 Jahre; Landwirt Christoph Hellweg, 76 Jahre; ferner zwei Totgeburten.

* * *

Amt Herford. In der Zeit vom 8. bis 13. März 1909 sind beim hiesigen Standesamt angemeldet:

Geburten. Söhne: Handarbeiter Heinrich Wiemann, Schweicheln; Fabrikarbeiter Wilhelm Deppermann, Schweicheln.

Töchter: Zigarrenarbeiter Wilhelm Meier, Schweicheln; Weber Heinrich Wehmeier, Schweicheln.

Aufgebot. Tischler Friedrich Engelbrecht, Sundern, und Näherin Johanne Schweppe, Sundern.

Sterbefälle. Frida Luise Steinkühler, 5 J., Diebrok; Näherin Pauline Auguste Mathilde Leimade, 24 J., Elverdissen.

* * *

Stadt Bünde. Beim hiesigen Standesamte sind angemeldet:

Geburten. Söhne: Werkmeister Johann Friedrich Rullkötter, Bünde, Feldmark 204; Agent Heinr. Louis Vogt, Bünde, Brunnen 23.

Töchter: Tischler Fried. Wilhelm Christian Altvater, Bünde, Brunnen 16 (Zwillinge); Maler Ernst Heinrich Klaustermeyer, Feldmark 225.

Eheschließungen. Kistenarbeiter Heinrich Dietrich Budde, Bünde, Feldmark 140, und Zigarrenarbeiterin Anna Marie Elise Oestreich, Muccum 75.

Briefkasten der Redaktion.

G. H. Das kommt ganz auf den Vertrag an und läßt sich ohne Kenntnis desselben schlecht sagen. Uns scheint ja, als wenn sich die Frage mit Nein beantworten läßt, weil Sie von Prozenten sprechen.

A. D., Oehnhausen. An dem Religionsunterricht der Schule muß das Kind teilnehmen, dagegen nicht an dem sozenannten vom Pastor erteilten Katechumenen- oder Konfirmanden-Unterricht.

Spenge. Die Miete kann nicht vom Einkommen abgezogen werden. Dem Hauswirt wird dieselbe natürlich als Einnahme angerechnet, der aber auch die zu zahlenden Schuldenzinsen wieder abziehen kann. — Ob jemand einen offenen Laden hat oder nicht, ist für die Zahlung der Gewerbesteur völlig belanglos. Gewerbesteuer ist dann zu zahlen, wenn der Betrieb einen Ertrag von mehr als 1500 Mk. jährlich bringt oder das Anlage- und Betriebskapital mehr als 3000 Mk. beträgt.

H. O. E. Gewiß muß er das, da die Alimente für den Unterhalt des Kindes gezahlt wird. Meinen Sie denn, das Mädchen könnte nicht genau so gut die Heirat ablehnen, wie etwa der Vater des Kindes? — Bei der Mobilmachung standen 384 000 Deutsche gegen 250 000 Franzosen. Im Laufe des Krieges sind auf deutscher Seite rund 1½ Millionen Mann unter Waffen gewesen, auf französischer Seite etwas weniger.

O. D., D. Wir versprechen uns keinerlei Erfolg von einem Schreiben an den Truppenteil, immerhin wird ein Versuch nicht schaden.

Herford.

Tagesordnung

für die am Freitag, den 19. März 1909, nachmittags 3 Uhr, stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Antrag des Magistrats betr. Ankauf des Grundstücks der Witwe Rottmann am Ubbandplatze.
2. Zweite Lesung des Haupthaushaltsplanes für 1909.

Herford, den 18. März 1909.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Lücken.

---

diesem, der neben ihm stand. „Kannst du mir sagen, wer sie ist?"

„O, das ist Miß Wilson, und sie ist die Tochter des verrückten Kerls, dem die kleine „Narziß-Farm" da drüben, wie er sie nennt, gehört. Der Mann glaubt an wissenschaftliche Landwirtschaft oder ähnlichen Unsinn. Hier, Kapitän, halte du das Mädchen und ich will einmal sehen, wie du Tornado Tom hergerichtet hast. Das hast du wunderbar gemacht, Junge — nimm meine Hand darauf."

Butler reichte Winston seine freie Hand, schüttelte sie kräftig und legte ihm dann die noch immer ohnmächtige Gestalt des Mädchens in seine Arme. Winston fuhr fort, das Gesicht mit Wasser zu bespritzen und langsam kehrte die Farbe in ihre Wangen zurück.

„Genug, genug!" kam es zwischen ihren Lippen hervor. „Bitte, lassen Sie es genug sein. Es ist grausam, so grausam!"

„Und sie sagte mir, daß sie den Anblick vertragen könne, daß ich den Burschen züchtigen sollte! Das ist echt weiblich," murmelte Winston vor sich hin.

Sie öffnete ihre Augen und blickte Winston an. „O!" rief sie erschrocken aus, als ihre Blicke auf sein blutüberströmtes Antlitz fielen. „O!" Sie machte sich von ihm frei und stand auf.

„Hat er Sie sehr — sehr schwer verletzt?" fragte sie besorgt. „Ich war so töricht, und — o — ich glaube, ich bin ohnmächtig geworden!"

„Sie waren es wirklich," entgegnete Winston. „O, nein, ich bin nicht schwer verletzt und er hat mir nicht sehr wehe getan. Wenn Sie erlauben, will ich mir das Blut aus dem Gesicht waschen." Er wandte sich von ihr und badete sein Gesicht abermals in der Pferdetränke. Als er aufblickte, sah er, daß Kidley auf ihn zukam und daß Miß Wilson wieder im Sattel saß.

Kidley drängte sich brutal durch die Menge, die noch immer die Kampfstelle umgab, und kam bis dicht an die Stelle, wo Tornado Tom noch immer auf dem Boden lag. Grenzenlose Ueberraschung und Erstaunen spiegelten sich in seinem Gesichte wider.

„Hat — hat dieser Bursche da Tom besiegt?" fragte er atemlos.

„Aber feste," kam es aus dem Munde der Zuschauer. Er ist mit Tornado Tom wie mit einem Schuljungen umgesprungen und hat selbst nicht die geringste Beule abbekommen. Den Spaß hätten Sie sehen sollen." (Fortsetzung folgt.)

Abonnementspreis für Bielefeld und Umgegend, wie bei sämtlichen Agenturen ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.

Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353

Nr. 65.

Die heutige Nummer

Politische Rundschau

Deutschland

Eine Aktion des Zentrums der Landtagsfraktion des rede gehalten und in diesleitet, der den Beweis zwischen Bülow und dem hier nur um ein offiziel Bülow handeln. Mit den Bülow in bezug auf die Praschma kommt schließlich größte Hindernis für das reform ist.

Die Frage entsteht Sturmlauf, den das Zentr Hält es die Zeit für gekommen ist die Situation, nächsten Tage werden die während, seine Geschäfte zu sehen.

Diamanten-Verordnung. öffentlicht im „Deutschen den Handel mit südwestafrikanischer einer Gesellschaft unter der westafrikanischen Schutzgebiet Verwertung usw. von Diamanten 1910 erteilt. Nach § 3 sind afrikanischer Diamanten demjenigen Beauftragten übergeben, welchen der Gouverneur

Die schon im Reichstag betreffend den Handel mit vom 1. März 1909 in Kraft.

Eine weitere am gleichen setzt eine Förderungsabgabe dert des Wertes fest.

Sollte der Wert beim stimmt feststellen lassen, so zu ernennenden Sachverständigen

Der freisinnige Abgeordnete und für den Freisinn charakbürgermeister von Hagen sitzigen freisinnigen Ueberzeugen von den Bündlern weidlich

Eine Bündlerversammlung senden, in dem er aufgefordert zu stimmen, und dann heißt es: „Bei Lösung der hochwichtigen unseres gesamten Vaterlandes sehr ergebenst, den Ausbau Parteifreunden fördern zu wollen hiesigen Stadtparlamente zu pflegten."

Preußische Polenpolitik. spielte sich vor der Strafkammer Angeklagt war der Buchhändler hausen, durch den Verkauf polnischer Bevölkerungsklassen zu Gunsten gereizt zu haben. Als Beweis Nationallieder auf der Zeil u. a. handelte es sich da um früheren — Türkeneinfälle —, galt, aus denen der amtliche hatte. Die Anklage nahm an, Nationallieder sich gegen die drei Teilungsreiche, richte Erhebung der polnischen Bevölkerung sehen sei.

Der Nachweis des Vertriebs Nationallieder der Polen sei des Angeklagten.

Liberale gegen das Steuerkompromiß. einige „Liberale", die sich in los fügen wollen. So hat in Altenburg (S.-A.) in seiner gegen das Steuerkompromiß die an die freisinnige Partei heißt es:

„Der Altenburger Liberalismus der liberalen Fraktionsgemeinschaft der Altenburger Landtag nicht die Gewähr bietet, daß die Steuer mäßig auf die tragfähigen Schultern werden."

Die neue Strafprozeßordnung. Strafgesetzbuch wird dem Reichstag neuen Strafprozeßordnung wird noch die erste Lesung im Plenum dann einer Kommission überwiesen.

Gegen die Besitzsteuer. schuß erklärte Unterstaatssekretär waltung von Elsaß-Lothringen vorgeschlagene Besitzsteuer

Vertagung der Reichsfinanzreform. der Reichsfinanzreform auf in parlamentarischen Kreisen gesetz war als Tag des Inkrafttretens sehen. Auf Veranlassung das Datum gestrichen, weil wann die Steuergesetze fertig die bürgerliche Presse sich sie eine schleunige Verabschiedung herrschende Ungewißheit zu

Aus der Budgetkommission. Die Budgetkommission Ausgaben für strategische Bahnen wurden debattelos bewilligt.